Band 4

GEWERKSCHAFTEN

Partei und Gewerkschaft

HEINZ LANGERHANS

kollektiv
VERLAG

M 1.60
3.20

PARTEI UND GEWERKSCHAFT

EINE UNTERSUCHUNG
ZUR GESCHICHTE DER HEGEMONIE DER GEWERKSCHAFT
IN DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG
1890 - 1914

Biblio
-thek
Bruhn

Heinz Langerhans

PARTEI UND GEWERKSCHAFT

EINE UNTERSUCHUNG
ZUR GESCHICHTE DER HEGEMONIE DER GEWERKSCHAFT
IN DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG
1890 - 1914

Biblio
-thek
Bruhn

Heinz Langerhans

© Kollektiv-Verlag
1 Berlin 44, Rollbergstr. 67
1. bis 2. Tausend
Printed in Germany 1972

I n h a l t

Kapitel	I	Die zweite Zentrale	2
Kapitel	II	Neutralität.	18
Kapitel	III	Der Konflikt	32
Kapitel	IV	Bürokratisierung	43

Textnachweis:
PARTEI UND GEWERKSCHAFT von Heinz Langerhans ist 1957 als Inaugural-Dissertation bei der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu Frankfurt am Main vorgelegt worden.

I. DIE ZWEITE ZENTRALE

Das Sozialistengesetz zerstörte, zehn Jahre nach ihrer Entstehung, die Gewerkschaftsbewegung, die 1868 so eifrig begonnen hatte. Die Entwicklung, die damit verschleppt und aufgeschoben war, kam nach Aufhebung des Sozialistengesetzes zum Austrag. Der durch sie heraufbeschworene Konflikt von Gewerkschaft und Partei 1906 ist als ein Bestandteil der Industrialisierung Deutschlands aufzufassen. Die Überordnung der Partei über die Gewerkschaften gehörte der Zeit an, in der Deutschland verglichen mit England ein industriell unterentwickeltes Land war. Die Umkehrung des Verhältnisses und die Angleichung an das Modell der gleichzeitig in England entstehenden Labour Party trat mit dem endgültigen Durchbruch zum Industriestaat ein.[1]

Eine Analyse des Verhältnisses Partei-Gewerkschaft ist deshalb von besonderem Interesse, weil sie ein entscheidendes, wenn nicht das entscheidende Strukturmerkmal der Arbeiterbewegung aller Industriegesellschaften betrifft, wie übrigens auch das der sozialen Massenbewegungen in nichtindustrialisierten oder nur wenig industrialisierten Gesellschaften. Die hier gegebene Darstellung beschränkt sich auf diesen einen Strukturaspekt der institutionellen Form der deutschen Arbeiterbewegung in den Grenzen des bezeichneten Zeitabschnittes. Der institutionelle Konflikt wird als eine Funktion bestimmter Situationsbedingungen abgeleitet, aber die Darstellung des Konflikts im Rahmen der Situation verfolgt bei weitem nicht alle wichtigen Einzelheiten und nicht bis in alle ihre Verzweigungen, z.B. sind die dabei aufgetretenen Ideologien nur angedeutet und die interessanten internationalen und aktuellen Vergleichspunkte draussen gelassen worden.

[1] „Die Schrecken des einseitigen Industriestaates" war der charakteristische Titel einer Schrift, die Lujo Brentano als Beitrag zu der grossen Debatte über Industriestaat und Agrarstaat im Krisenjahr 1901 veröffentlichte.

Die konjunkturellen Zäsuren geben ein brauchbares Periodisierungsschema ab.[1] Die ersten vier Jahre nach 1890 waren durch einen schweren Druck auf die ganze Wirtschaft gekennzeichnet. Der Wendepunkt zur Hochkonjunktur lag in der Mitte der neunziger Jahre. Die Krise von 1900-1901 bildete den ersten Einschnitt. Schon im Winter 1902-1903 ging das Geschäft wieder flott, und diese Konjunktur hielt bis 1907 an. 1907 unterbrach den Aufschwung eine zweite Krise, der eine Belebung des Geschäftsganges bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges folgte. Die Krise von 1913 wurde durch die Umstellung auf Kriegswirtschaft abgelöst.

Entsprechend können wir unseren Gegenstand in folgende Etappen einteilen:

1890-1895 ergab sich aus der Zentralisierung der Gewerkschaften die Rivalität der Spitzen; die Hegemonie des Parteivorstandes konnte nur auf der Basis der wirtschaftlichen Depression und der damit gegebenen relativen Ohnmacht der Gewerkschaften aufrecht erhalten werden.

1895-1900 stellte die Prosperität die Autonomie der Gewerkschaften her.

1900-1907 zeigte sich, dass in der gewerkschaftlichen Aktivität und Aktionsbereitschaft die tatsächliche Grenze der sozialdemokratischen Parteiaktion gegeben war.

1907-1914 einigten sich die Spitzen endgültig auf das durch die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung umschriebene Aktionsprogramm, während im Konflikt der „Massen" mit den so geeinten bürokratischen Spitzen und in der Spaltung des orthodoxen Marxismus eine Durchbrechung dieser Grenzen sichtbar zu werden schien.

Das Sozialistengesetz hatte für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung zwei wichtige Resultate gehabt: Es hat den parlamentarischen Charakter der Sozialdemokratie endgültig herausgebildet und es hat aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften erst wirklich wirtschaftliche Organisationen gemacht.

Unter dem Ausnahmezustand ging die Leitung der Partei an die Reichstagsfraktion über, die einzige legale Körperschaft, die blieb. Der Zusammenhalt eines Wählerstammes und die periodischen Wahlschlachten waren der Aktionsrahmen der Partei. In diesen Schlachten

[1] Für den Zeitabschnitt 1890-1914 stehen neben der amtlichen Statistik die ausgiebige Gewerkschaftsstatistik und dann z.B. so aufschlussreiche statistische Untersuchungen zur Verfügung wie: W. Troeltsch und P. Hirschfeld, Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften, Untersuchungen und Materialien über ihre geographische Verbreitung 1896-1903, Berlin 1907.

errang sie ihre Siege. Das Monopol der Reichstagsfraktion auf die leitenden Funktionen während der Dauer des Gesetzes vollendete den parlamentarischen Charakter der Partei. Zugleich zeigte sich beim Fall des Sozialistengesetzes die grundlegende Bedeutung der wirtschaftlichen Verbände deutlicher denn je.[1] Fragen des wirtschaftlichen Interessenkampfes waren es gewesen, die in den siebziger Jahren das Bürgertum geneigt machten, die Bismarcksche Gewaltkur zu versuchen. Die Unmöglichkeit, mit Gewalt den ökonomischen Notwendigkeiten Einhalt zu tun, liess Bismarck scheitern.

Die Schicksale der lokalen Fachvereine, mit deren Gründung in den achtziger Jahren die Gewerkschaftsbewegung wieder anfängt, zeigen, welches die entscheidenden treibenden Kräfte bei der Verhängung, Durchführung und Aufhebung des Gesetzes gewesen sind.[2] Den Versicherungen Bismarcks und Bennigsens vom 9. Oktober 1878, dass die Gewerkschaften verschont bleiben sollten, widersprach die Praxis. Sämtliche Gewerkschaften ausser den Buchdruckern wurden sofort verboten. Die Buchdrucker stellten sich nach anfänglichen „Schwierigkeiten" freiwillig unter polizeiliche Kontrolle. Versammlungsfreiheit fehlte vollständig, und damit die erste Voraussetzung gewerkschaftlicher Betätigung. Die einzige nach dem Erlass des Sozialistengesetzes in Berlin einberufene Gewerkschaftsversammlung, die der Tischler, wurde bei ihrer Eröffnung sofort polizeilich aufgelöst (3. November 1878). Als trotz aller Behinderung die gewerkschaftliche Tätigkeit der Arbeiter wieder begann, kam der Streikerlass Puttkamers vom 11. April 1886, der auf die Initiative der Berliner Bau- und Innungsmeister zurückging. Die Berliner Bau- und Innungsmeister hatten dem Minister des Innern, von Puttkamer, eine Liste der „Rädelsführer" beim Maurerstreik von 1885 vorgelegt und Ausweisungen und Auflösungen gefordert. Drei am Streik führend Beteiligte, darunter Kessler, der spätere Führer der lokalistischen Opposition gegen die Zentralisierungsbestrebungen Carl Legiens in den

[1] Carl Legien, Die Organisationsfrage, ein Beitrag zur Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, 1891. „Mit dem am 1. Oktober 1891 eintretenden Fall des Sozialistengesetzes begann man in Deutschland den Gewerkschaften, welche bis dahin als ein wesentlicher Stützpunkt der Arbeiterbewegung dadurch gegolten hatten, dass sich die Genossen, denen eine Parteiorganisation unmöglich war, zusammenfanden, mehr als je zuvor den Charakter einer rein wirtschaftlichen Kampforganisation zu geben."

[2] Der Deutsche Handelstag veranstaltete 1873 zu dem ausgesprochenen Zweck, planmässig gegen die Arbeiterkoalitionen vorgehen zu können, eine Rundfrage unter seinen Mitgliedern: „Der Umfang der Arbeiterorganisationen und die Besorgnis, dass dieselben eine nachteilige Rückwirkung auf die deutsche Industrie haben könnten, sind für den bleibenden Ausschuss des Deutschen Handelstages Anlass" zu diesem Rundschreiben gewesen, heisst es im Deutschen Handelsblatt darüber. Vgl. Maximilian Meyer, Statistik der Streiks und Aussperrungen im In- und Auslande, Leipzig 1907, S. 28.

Gewerkschaften, wurden auf Grund des Paragraphen 28 des Sozialisten-gesetzes aus Berlin ausgewiesen. Diese Männer hatten in der Sozial-demokratie bisher keine Rolle gespielt.[1] Das Sozialistengesetz war also von Beginn an auch gegen die Gewerkschaften und gegen Lohnbewegungen gerichtet. Der Streikerlass Puttkamers schaffte keine neue Situation. Er bedeutete nur die Kodifizierung eines bereits bestehenden Zustandes. Das Argument, „hinter jedem Streik lauere die Hydra der Revolution", das für die Begründung des Streikerlasses angeführt wurde, war nur die Übersetzung der Unternehmerwünsche in eine den Junkern plausible Sprache.[2]

Bei der Renaissance der Gewerkschaften in den achtziger Jahren trat noch deutlicher als im Gründungsjahr 1868 der selbständige und spontane Charakter der Gewerkschaftsbildung hervor. Die Geschichte der Gewerkschaftsgründungen im Jahre 1868 hatte höchst eindrucksvoll die dem Verhältnis zwischen Gewerkschaften und politischer Partei zugrunde liegende Struktur gezeigt. Die Parteien, die Arbeiterparteien ebenso wie die Fortschrittspartei, hatten gar keine Wahl – ihre Programme mochten die Gewerkschaften ablehnen oder anerkennen: die industrielle Entwicklung hatte die Gewerkschaftsfrage unter der Hand in die Frage verwandelt, wer die Massenbewegung der Lohnarbeiter für seine politischen Zwecke nutzbar machen wird. Parteiraison gebot, schnell zu handeln. Das paradoxe Schauspiel das die drei beteiligten politischen Gruppen im direkten Verhältnis ihrer theoretischen Abneigung gegen die Gewerkschaften sich an den Gründungen des Jahres 1868 beteiligten, zeigt, dass die Gründer sich von einer Bewegung tragen liessen, die tiefere und ursprünglichere Wurzeln hatte, als dass sie auf die Dauer bevormundet werden könnte. Der Übereifer, mit dem man sich um die kaum vorhandenen, erst für die Zukunft erwarteten Gewerkschaften bemühte, verriet, welche strukturellen Abhängigkeitsverhältnisse zugrunde lagen. Die Lassalleaner Schweitzer und Fritzsche machten mit der Einberufung des Berliner Arbeiterkongresses den Anfang, obgleich für den Lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein die Festlegung auf das „eherne Lohngesetz" den Weg zu gewerkschaftlicher Betätigung programmatisch verbaute. Allerdings mussten Schweitzer und Fritzsche, da die Resolution, die die Gründung von Gewerkschaften von Vereins wegen empfahl, auf der Hamburger Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durchfiel, als Privatpersonen handeln. Marx schrieb am 13. Oktober 1868 an Schweitzer dazu folgendes: „Sie selbst haben den

[1] Vgl. Ignaz Auer, Nach zehn Jahren, S. 152. Auer gibt für die achtziger Jahre 16 Auflösungen von lokalen Fachvereinen an, 1880: 4, 1887: 11, 1888: 1.

[2] Auer, a.a.O., S. 145 ff.

Gegensatz zwischen Sektenbewegung und Klassenbewegung in Ihrer eigenen Person erfahren. Die Sekte sucht ihre raison d'être in ihrem point d'honneur, nicht in dem, was sie mit der Klassenbewegung gemein hat, sondern in dem besonderen Schiboleth, das sie von ihr unterscheidet. Als Sie daher zu Hamburg den Kongress zur Trade-Union-Stiftung vorschlugen, konnten Sie den Sektenwiderstand nur niederschlagen durch Drohung, die Präsidentenwürde niederzulegen. Sie waren ausserdem gezwungen, Ihre Person zu verdoppeln, zu erklären, das eine Mal als Sektenhaupt und das andere Mal als Organ der Klassenbewegung zu handeln." Marx forderte von ihm die Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Nur so hätte Schweitzer einen grossen Fortschritt vollziehen können und bewiesen, dass die Klassenbewegung und ihr Interesse der Inhalt seines Handelns sei. „Statt dessen haben Sie", fuhr Marx fort, „in der Tat die Forderung an die Klassenbewegung gestellt, sich einer besonderen Sektenbewegung unterzuordnen." Die Geschichte des 1868 in Berlin gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterunterstützungsverbandes ist die Geschichte des raschen Verkümmerns aller selbständigen gewerkschaftlichen Tätigkeit unter den Herrschaftsansprüchen des hochzentralisierten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Die Zentralisierung der Gewerkschaftsfinanzen in der Zentralkasse des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch einen Beschluss von 1874 bedeutete die faktische Liquidierung der 1868 gegründeten Lassalleanischen Gesellschaften. Bei der Gründung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften durch die Fortschrittspartei, der zeitlich zweiten Gewerkschaftsgründung des Jahres 1868, handelte es sich um den taktischen Gesichtspunkt der Gewinnung von Arbeiterstimmen für die Fortschrittspartei. Man findet bei den Eisenachern, bei Bebel und Liebknecht, damals die relativ verständnisvollsten Äusserungen über gewerkschaftliche Bestrebungen. Bebel hatte für die seit dem Nürnberger Vereinstag propagierten Gewerksgenossenschaften ein Musterstatut ausgearbeitet, das eine bewusste Antithese zu dem Schweitzerschen Statut des Berliner Kongresses darstellt. Es verstand sich von selbst, dass bei der Gründung der lokalen Fachvereine in den achtziger Jahren allenthalben Sozialdemokraten den aktivsten Anteil nahmen. Man konnte unter dem Ausnahmegesetz schwerlich aktiver Gewerkschaftler sein, ohne Sozialdemokrat zu werden. Die Anfänge der gewerkschaftlichen Tätigkeit eines Mannes wie Carl Legien – des späteren Initiators der Gewerkschaftszentralisierung und lebenslangen Führers des ADGB – zeigen diesen Sachverhalt ganz eindeutig. Sie zeigen auch, dass diese neue Arbeitergeneration ihre ökonomischen Interessen bestimmter und bewusster ergreift als in den sechziger Jahren die Bebelgeneration. Legien war

in allererster Linie gewerkschaftlich interessiert. Er wurde Sozialdemokrat, weil es ihm ganz selbstverständlich sein musste, dass er nur bei gleichzeitigem Widerstand gegen die politische Reaktion seine gewerkschaftlichen Ziele ernsthaft verfolgen konnte. Auf dem Kölner Parteitag 1893 musste er sich den Vorwurf Ignaz Auers gefallen lassen, er gehöre zu den Nachgeborenen, der Generation, die um 1890 in die Bewegung kam, die die politischen Frühformen der deutschen Arbeiterbewegung nicht mehr aus eigener Erfahrung kannte und vom Sozialistengesetz nur die letzte Phase aktiv mitgemacht hatte. Die Geschichte all dieser Fachvereine zeigt uns das Gleiche: eine entwickeltere Generation von Arbeitern als jene, die 1868 dem Rufe Schweitzers gefolgt waren.[1]

„Noch zu keiner Zeit", heisst es 1888 im Berliner Volksblatt, „gab es in Deutschland eine so grosse Zahl und so umfangreiche Arbeitseinstellungen wie jetzt, zehn Jahre nach Proklamierung des Sozialistengesetzes und zwei Jahre nach dem berühmten Streikerlass".[2] Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass diese noch immer schwachen Ansätze einer neuen Gewerkschaftsbewegung einer der wichtigsten Gründe für die Aufhebung des Ausnahmezustandes gewesen sind. In der Redaktion des Berliner Volksblattes, der führenden Parteizeitung, war man sich damals über diesen Sachverhalt durchaus im klaren. Die Gewerkschaftsfragen, hiess es, seien der kardinale Streitpunkt, an dem sich die Interessen und damit die Geister schieden. Der politische Radikalismus der Sozialdemokratie kollidiere nicht mit den Gesamtinteressen der Bourgeoisie. Der Klassengegensatz bestehe in der Stellung zur Koalitionsfreiheit; in der Politik denke das Bürgertum „ganz und gar sozialdemokratisch".[3] „Die Vernichtung des

[1] Die lokalen Fachvereine waren keineswegs als Deckorganisationen der illegalen Partei gegründet worden. Dazu eigneten sie sich schon deshalb nicht, weil sie selber den Verfolgungen des Sozialistengesetzes ausgesetzt waren. Tabakkollegien und gesellige Vereine waren zweckmässiger. Vgl. W. Bloss, Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten. Ein Artikel im Berliner Volksblatt „Politik in der Arbeiterbewegung oder nicht?" befürwortet mit Hinweis auf das bestehende Vereinsgesetz politische Neutralität der Fachvereine. Berliner Volksblatt, Jg. II, 1885, Nr. 295.

[2] Berliner Volksblatt, Jg. V, 1888, Nr. 129.

[3] Berliner Volksblatt, a.a.O. „Der politische Radikalismus und auch die hier und da zutage tretende Religionslosigkeit bei den Arbeitern würde unser Bürgertum gar nicht genieren, in diesen Punkten denken die Bourgeois in ihres Herzens innerstem Schrein ganz und gar ‚sozialdemokratisch'.... Was sie aber geniert und ihnen an der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung so ungemein gefährlich und verderblich erscheint, das ist, dass die Arbeiter nach einer menschenwürdigen Existenz streben und zu diesem Behuf auf einen grösseren Anteil an den Erträgnissen ihrer Arbeit Anspruch machen." „... Wenn das Sozialistengesetz nicht den Zweck mithätte, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu verkümmern, wenn möglich ganz zu entziehen, dann würde die Zahl der Verehrer des Ausnahmegesetzes bald ganz bedeutungslos zusammenschrumpfen."
Vgl. auch Berliner Volksblatt, Jg. VI, 1889, Nr. 176.

Koalitionsrechtes der Arbeiter war gerade der Hauptzweck, welchen der weitaus grösste Teil der Verehrer des Sozialistengesetzes mit demselben verfolgte. Kann dieser Zweck nicht erreicht werden – und er wird nicht erreicht, denn der Macht der wirtschaftlichen Tatsachen gegenüber muss auch die stärkste Polizeigewalt kapitulieren – so verliert das Sozialistengesetz für den grossen und kleinen Bourgeois seinen Wert. Jeder Streik aber zerstört einen Teil des Nimbus, der das Sozialistengesetz in den Augen der Bourgeoisie umgibt. Als dieser Nimbus zum ersten Mal sich zu verflüchtigen begann, da erschien der bekannte Streikerlass, aber auch dieser vermag das Verhängnis in seinem Laufe nicht aufzuhalten."[1] Hier werden die Gewerkschaftskämpfe dem politischen Radikalismus der Sozialdemokratie als das spezifisch Proletarische dem bürgerlichen Sozialdemokratismus konfrontiert.

Die Gewerkschaften – 1877 hatten sie kaum 50.000 Mitglieder, 1890 siebenmal soviel[2] – hatten unter dem Ausnahmezustand erhöhte Bedeutung für die Sozialdemokratie gewonnen, und zwar gerade als spezifisch gewerkschaftliche Organisation. Als sie sich nun anschickten, ihre gewerkschaftlichen Aufgaben planmässiger als zuvor in Angriff zu nehmen und ihre Organisation zentral zusammenzufassen, wurde das Monopol des Parteivorstandes auf die Führung der Arbeiterbewegung zum ersten Mal erschüttert.

In den sechziger und siebziger Jahren, der Entstehungsphase der Gewerkschaften, hatte es an den Voraussetzungen für eine lebensfähige Zentralisierung gefehlt. Die Pläne Theodor Yorks in dieser Richtung blieben Zukunftsmusik. Als nun nach Aufhebung des Sozialistengesetzes die wiedererstandenen Gewerkschaften nachholten, was ihnen in den sechziger und siebziger Jahren unmöglich gewesen, stiessen sie auf die unglücklichen Bedingungen einer noch immer anhaltenden wirtschaftlichen Depression.[3] Trotzdem waren die Pläne Carl Legiens erfolgreich.

Als der erste deutsche Gewerkschaftskongress in Halberstadt im März 1892 den Zusammenschluss der Zweigvereine verwandter Berufe in gesamtdeutsche Verbände beschloss, war damit aus der seit 1887 bestehenden Hamburger Generalkommission die Zentralinstanz der deutschen Gewerkschaften geworden.

[1] Berliner Volksblatt, a.a.O.

[2] Nach Angaben der Generalkommission der Gewerkschaften war die durchschnittliche Monatseinnahme 1877: 33.551 Mk., 1891: 93.000 Mk.; Gewerkschaftszeitungen 1877: 15, 1891: 54.

[3] Ignaz Auer auf dem Kölner Parteitag, 1893; „Die Kommission hat nämlich einen sehr unglücklichen Geburtstag; sie ist entstanden in einer Zeit, wo auch Gewerkschaftler ihr keine grosse Chance geben."

Ignaz Auer, der Organisationspraktiker der Partei, hatte zwei Jahre vor dem Halberstädter Gewerkschaftskongress die Zentralisierungsbestrebungen der Generalkommission lebhaft befürwortet. Er schrieb im Juli 1890 in einem Artikel im Berliner Volksblatt, der damals viel Aufsehen erregte: „Wir glauben, dass der Weg, den man mit den Generalkommissionen und Zentralstreikkommissionen an einzelnen Orten einzuschlagen beginnt, der richtige ist, dass er verfolgt und verbreitet werden muss.... Der Klassenkampf, die weite Ausdehnung, die heute die Unternehmer dem Kampfe zu geben bemüht sind, machen eine solche Gesamtorganisation dringend notwendig. Wäre sie schon vorhanden gewesen, dann hätten den Hamburger Ausgeschlossenen ganz andere Mittel zur Verfügung gestanden als heute. Die Unternehmer hätten sich dann wohl sehr besonnen, den Ausstand hervorzurufen."

Derselbe Ignaz Auer hat, als die Gewerkschaften seinem Rate folgten und energische Bemühungen für die Zentralisierung unternahmen, sich sehr verärgert gegen diese Bemühungen gewandt. Er schrieb nur ein Jahr später, 1891, also kurz vor dem Halberstädter Gewerkschaftskongress, an Legien, dass nach seiner Meinung die Generalkommission neben dem Parteitag nicht werde bestehen können. Schliesslich wandte er sich 1893 – mit einem Briefe an Legien, den dieser in seinem Referat auf dem Kölner Parteitag zitiert hat, – gegen die „Separationsbestrebungen" der Gewerkschaftler.

Die Zahl der „alten Genossen" aus der Zeit des Sozialistengesetzes, heisst es in diesem Brief, sei zu gross, als dass die Separationsbestrebungen Erfolg haben könnten. „Während früher die Gewerkschaften als ein zwar selbständiger Teil der organisierten klassenbewussten Arbeiterbewegung betrachtet sein wollten und auch betrachtet wurden – etwa wie die Artillerie eine Spezialwaffe in der Armee, aber doch nicht diese selbst, sondern nur ein Teil derselben ist – macht sich mit der Gründung der Generalkommission das Bestreben bemerklich, die Gewerkschaften von der politischen Partei zu trennen und beide Organisationen als rivalisierende Mächte zu behandeln. Ich halte diese Bestrebungen, welche speziell in der Generalkommission ihren Ausgangs- und Stützpunkt haben, für sehr verkehrt, und wenn sie grösseren Anklang finden, geradezu für verhängnisvoll für die ganze deutsche Arbeiterbewegung... Es mag ja für die Leute der Generalkommission sehr ärgerlich sein, dass der Einfluss dieser Körperschaft ein so bescheidener gewesen ist und die hochfliegenden Pläne sich so gar nicht verwirklichen wollen. Aber die deutsche Arbeiterbewegung ist nun einmal kein Feld, auf dem der Weizen der Gompers und Konsorten blüht... Auch dem ‚Corres-

pondenzblatt' scheint das Fell arg zu jucken, und wenn es dann sein muss, dann wird es auch gelegentlich gestrichen werden. Hoffentlich seht Ihr aber bald noch zur rechten Zeit ein, dass es etwas Besseres zu tun gibt als sich gegenseitig zu reiben." [1] Das Referat Legiens und das Korreferat Auers zu dem Tagesordnungspunkt „Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen" hatte fast ausschliesslich die Rivalität der beiden Spitzen zum Gegenstand.[2]

Der Parteivorstand dekretierte 1893 in seiner vom Kölner Parteitag angenommenen Resolution, dass seit dem Hallenser Parteitag von 1890 „kein Ereignis eingetreten ist, das eine Änderung der Stellung der Partei zur Gewerkschaftsbewegung, sei es in prinzipieller, sei es in faktischer Richtung, notwendig erscheinen lässt." Mit dieser Resolution ignorierte der Parteitag das entscheidende Ereignis in der deutschen Arbeiterbewegung nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes, die Konstituierung einer selbständigen Gewerkschaftsbewegung mit eigener Spitze.

Die grundsätzliche Bedeutung des Konflikts konnte in dieser ersten Etappe auch der Generalkommission nicht klar werden. Ganz abgesehen davon, dass der Kölner Parteitag zur „Guillotine für die Gewerkschaftsbewegung" wurde,[3] war das Misstrauen gegen die Generalkommission von allen Seiten so gross, dass es zähen Festhaltens an der einmal begonnenen Aufgabe bedurfte, um nicht den Mut zu verlieren. Das Misstrauen war nicht auf die Partei beschränkt, sondern reichte weit in die Reihen der Gewerkschaftler. Die Tabakarbeiter und die Handschuharbeiter sperrten ihre Beiträge, und noch 1896, auf dem um ein Jahr verschobenen zweiten Gewerkschaftskongress, verlangten einige Delegierte die vollständige Aufhebung der Generalkommission. Das Berliner Gewerkschaftskartell lehnte die Vorbereitung des in Berlin stattfindenden Kongresses ab; ein besonderes Komitee musste damit beauftragt werden. Die von einer Reihe von Metallarbeiterverbandsgruppen beantragte Auflösung der Generalkommission wurde damit begründet, dass diese „infolge ihrer bürokratischen Organisation für die freie Entwicklung der Gewerkschaften hinderlich" sei.[4] Der Verbandsvorstand der Metallarbeiter brachte einen ähnlichen Antrag ein.

[1] Protokoll des Kölner Parteitages 1893, S. 186.

[2] a.a.O., S. 189. Auer: „Sowie wir diese persönlichen Momente beseitigen, ist die alte Ruhe, der alte Friede wieder hergestellt."

[3] a.a.O., S. 203. Der Parteitagsdelegierte Paul aus Hannover: „Die Tribüne dieses Saales ist nach dem bisherigen Gange der Debatte zur Guillotine der Gewerkschaftsbewegung geworden."

[4] Protokoll des Berliner Gewerkschaftskongresses 1896, S. 69.

Die Kompetenzen der Generalkommission und des Parteivorstandes waren nicht voneinander abgegrenzt. Jede Massnahme der neuen Zentralbehörde rief die Rivalität aufs neue wach. Der erste Versuch einer selbständigen Inangriffnahme sozialpolitischer Fragen wurde im Vorwärts, dem Zentralorgan der Partei, als „die dunklen Pläne der Generalkommission" denunziert. Die Generalkommission hatte angeregt, parallel zum nächsten Gewerkschaftskongress eine sozialpolitische Konferenz abzuhalten, zu der die Delegierten in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Hatte aber die Partei nicht auf ihren Parteitagen die Instanz geschaffen, von der der Arbeiterbewegung alle Direktiven gegeben wurden? Wollten die Gewerkschaften sich eigenhändig das Recht anmassen, der Gesamtbewegung Direktiven zu geben? „Sollte... ein solcher Schritt unternommen werden, so hätte auch die Gesamtpartei ihr Wort mitzureden." [1]

Die Zeitung der Handschuhmacher hatte Andeutungen über die geplante sozialpolitische Konferenz gemacht, Andeutungen, die – wie es im Vorwärts hiess – „zu recht sonderbaren Vermutungen führen konnten." Die Partei fühlte sich umgangen. Der Vorwärts stellte fest, dass eine „Besprechung der Vereinsgesetzgebung und der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze auf einem besonderen Gewerkschaftskongress zu Misständen führen" müsste, und drängte auf vorherige Verständigung mit den leitenden Personen der Partei. „Wir wiederholten, dass wir es nicht als im Interesse unserer Partei liegend erachten, zwei Instanzen zu schaffen, welche Direktiven zu geben haben." [2]

Das Correspondenzblatt der Gewerkschaften verwahrte sich gegen die willkürliche Begrenzung des gewerkschaftlichen Aufgabenkreises durch die Sozialdemokratie. Die Erringung voller Koalitionsfreiheit, der Aufbau der Arbeiterschutzgesetzgebung seien unmittelbar gewerkschaftliche Fragen. Es seien im Grunde Lohnfragen. Vor allen Dingen sei die Kontrolle der Durchführung, die Realisierung sozialpolitischer Errungenschaften, eine Aufgabe, der die Partei mit ihrem Wahlapparat und ihren Redaktionen nicht gewachsen sein könne. Der Ausbau des Fabrikinspektorats und die Erkämpfung der Wählbarkeit der Fabrikinspektoren durch die Arbeiter und aus den Reihen der Arbeiter seien gewerkschaftliche Zielsetzungen. Was bis zur Verwirklichung dieser Forderung geschehen kann, die Errichtung einer zentralen Beschwerdeinstanz und eine wirksame Vorarbeit für die Vertreter der Arbeiterinteressen im Parlament, liesse sich von der Partei schwerer leisten als von der Gewerkschaft. „Kongresse politischer Parteien können wohl im allgemeinen Stellung zu diesen For-

[1] Vorwärts, Jg. XII, 1895, Nr. 73.
[2] a.a.O.

derungen nehmen, ihre praktische Propagierung muss Aufgabe der Gewerkschaften sein." Ein sozialpolitischer Gewerkschaftskongress sei ein Weckruf für die Arbeiter, selbst die Initiative zu ergreifen. Dem Einwand, dass die Behandlung dieser Fragen nach der damaligen Gesetzesauslegung zur politischen Tätigkeit gehöre, begegnete das Correspondenzblatt mit dem Hinweis auf die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung, welche lehre, dass „überall da, wo die Arbeiter als geschlossene Massen Stellung zu diesen Fragen genommen haben, sie sich dadurch das Recht erwirkten, Stellung nehmen zu dürfen." Nur einseitige Parteidoktrinäre könnten in einem solchen Vorgehen eine Schädigung der gesamten Arbeiterbewegung erblicken.[1]

Auf dem Berliner Gewerkschaftskongress standen in erster Linie die Metallarbeiter, aber auch andere Verbände in Opposition zu der Generalkommission und ihren „dunklen Plänen". Der Hauptredner der Opposition, der Metallarbeiter Schlicke, führte unter anderem aus: „Die sogenannten dunklen Pläne der Generalkommission waren in der Tat sehr bedenklich und forderten die Kritik heraus... Ich kann die Entrüstung in den einzelnen Gewerkschaften sehr wohl begreifen. In der Generalkommission glaubt man jetzt, das Gegengewicht gegen den Parteivorstand zu besitzen, dem die Gewerkschaftsbewegung ein Dorn im Auge sein soll." Unter diesen Umständen hatte die Generalkommission wenig Interesse an einer Betonung der Differenzen mit dem Parteivorstand und an einem Hinweis auf die Debatten der vorangegangenen Parteitage. In ihrem Bericht an den Berliner Kongress heisst es: „Es mag auffallend erscheinen, dass die verschiedenen Vorgänge der letzten Jahre, die eine lebhafte Bewegung unter den Arbeitern Deutschlands hervorgerufen haben, wie die sogenannten 'dunklen Pläne der Generalkommission' und die Auseinandersetzung auf dem Kölner Parteitag, in den gedruckten Berichten nicht aufgeführt sind. Die Generalkommission legte wenigstens den ersten beiden Vorkommnissen nicht eine solche Bedeutung bei, dass es notwendig schien, sie dem Bericht einzufügen." Die geplante gewerkschaftliche sozialpolitische Konferenz musste bei der Ungunst der Konjunktur und bei dem Widerstand, den die Anregung hervorrief, unterbleiben. Der blosse Plan hatte genügt, die geschilderte Nervosität hervorzurufen.

In dieser ersten Phase, die mit der Gründung der Generalkommission einen entscheidenden Fortschritt brachte, blieb im Bewusstsein der Beteiligten alles beim alten. Den Inhabern der bisher einzigen zentralen

[1] Correspondenzblatt, Jg. V, 1895, Nr. 4, S. 13-15.

Führungsstelle erschienen die geringfügigen Resultate, die der Tätigkeit der neuen Generalkommission beschieden waren, als ein überzeugendes Zeichen dafür, dass die zweite Spitze der Existenzberechtigung entbehre, und liessen auch bei den Inhabern der neuen Führungsstelle ein richtiges Bewusstsein davon, was sich zwischen den Parteitagen von Halle und von Köln ereignet hatte, nicht aufkommen.

Die neue Rolle der Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung wie auch ihre Schwierigkeiten waren durch die Wirtschaftslage wesentlich bestimmt. Die rasch einsetzende kurze Hausse 1888-1890 – an der Berliner Börse stiegen die Aktien der Berg- und Hüttenwerke mit einem Gesamtkapital von 421 Millionen um 38% – hatte unter anderem die Bergarbeiterstreiks des Jahres 1889 ausgelöst, die alles in den Schatten stellten, was man in Deutschland an Arbeitskonflikten gewohnt war. Kaum war das Sozialistengesetz weggefallen, da veranstaltete die preussische Regierung überstürzt eine Enquête, deren Zweck es war, die bei den Streiks von den Arbeitern verübten Kontraktbrüche als eine Handhabe gegen das Koalitionsrecht an den Tag zu bringen. v. Puttkamer war bereits Ende 1890 in der Lage, der Reichstagskommission, die über den betreffenden Paragraphen der Gewerbeordnung beriet, mit dem Resultat dieser Enquête aufzuwarten. Vom 1. Januar 1889 bis zum April 1890 wurden im Deutschen Reiche 1.131 Streiks mit mehr als je zehn Beteiligten gezählt, an denen insgesamt 394.440 Arbeiter beteiligt waren. 39,7% der Streiks waren erfolglos, 43,55% endeten mit einem Vergleich. Schliesslich bringt 1891 v. Berlepsch, der Nachfolger Puttkamers im Preussischen Innenministerium, eine Verschärfung der Arbeitswilligen-Schutzbestimmungen im Reichstag ein.

Für Hamburg gibt das sehr materialreiche Buch Heinrich Bürgers[1] für die Zeit von 1885-1890 insgesamt 112 Arbeitskonflikte an. Ein Fünftel davon war durch Lohnkürzungen hervorgerufen, 1865-1884 war es nur ein Achtzehntel aller Streiks gewesen.

Das Anwachsen der Lohnbewegungen Ende der achtziger Jahre und der Umstand, dass die lokalen Fachvereine die einzige legale Organisationsform überhaupt waren, liessen alle Kräfte der Arbeiterbewegung in den Gewerkschaften zusammenfliessen. Die Gründung der Zweiten Internationale 1889 in Paris, der Fall des Sozialistengesetzes 1890 und die Entlassung Bismarcks, die Februarerlasse Wilhelms II., das sprunghafte Anschwellen der sozialdemokratischen Wahlstimmen –vor allen

[1] Heinrich Bürger, Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865-1890, Hamburg 1899.

Dingen aber die ungestüme Streikwelle, die 1889-1890 die deutschen Arbeiter ergriff, und die grossen Erwartungen, die sich an die erste Maifeier 1890 knüpften, charakterisieren die Ausgangssituation. Rosa Luxemburg hat einmal in der Leipziger Volkszeitung die grundlegende Bedeutung, die den Gewerkschaften dabei zukam, hervorgehoben: „Wäre nicht in den achtziger Jahren eine kräftige Gewerkschaftsbewegung in Deutschland ins Leben getreten, Deutschland hätte nicht im Februar 1890 1½ Millionen sozialdemokratischer Stimmen gezählt." [1] Allerdings erscheinen in dieser Aussage sozialdemokratische Wahlstimmen als das Hauptergebnis der gewerkschaftlichen Tätigkeit.

Der kurzen Erleichterung folgte eine empfindliche Baisse, die vier Jahre lang andauerte und in der amerikanischen Krise des Jahres 1893 ihren Tiefpunkt fand. Unter der Last der nun wieder überwiegenden Depression fand der gewerkschaftliche Aufschwung ein rasches Ende. Die oft schlecht organisierten „wilden" Streiks des Jahres 1890-1891 bedrohten häufig den Bestand der gerade erst formierten Organisationen.

Für 1890-1891 zählte die amtliche preussische Statistik 287 Streiks mit 35.216 Beteiligten. Für 1893-1894: 122 Streiks mit 6 905 Beteiligten. Die Durchschnittszahl der an einem Streik Beteiligten war 1890-1891: 123, 1893-1894: 57.

Die Gewerkschaftsstatistik, die allerdings gerade in diesen ersten Jahren unvollständig ist, zählte für alle ihre Organisationen 1890-1891: 236 Streiks mit 38.536 Beteiligten. Davon waren 147 mit 33.379 Beteiligten Angriffsstreiks und nur 79 mit ca. 5.000 Beteiligten Abwehrstreiks. Der Angriffsgeist dieses Jahres kann durch nichts besser illustriert werden.

Die Streiks gehen bald rapide zurück:

Jahr	Angriffs streiks	Beteiligt	Wochen	Abwehr-streiks	Beteiligt	Wochen
1890/1	147	33.397	843	79	5.139	509
1892	20	1.135	97	13	1.887	391
1893	37	4.962	151	79	3.126	389
1894	38	3.035	188	91	1.112	686 [2]

Die grossen Bergarbeiterstreiks des Jahres 1889 endeten mit Niederlagen. Die Entlassung von achtzig Streikenden und Zusammenstösse mit der Polizei waren das Signal zur Ausbreitung der Anfang

[1] Leipziger Volkszeitung, November 1899, Rosa Luxemburg Werke, herausgeg. von Paul Frölich, Bd. IV, S. 126.

[2] Correspondenzblatt, 1901, S. 454.

Mai zunächst lokal begonnenen Teilkämpfe. Am 13. Mai standen fünf Sechstel aller Bergarbeiter des Ruhrgebietes im Streik(90.000), der nun auf das benachbarte Aachener Bergrevier und schliesslich auf das Saargebiet und das Königreich Sachsen übergriff. Gleichzeitig kamen in Ober- und Niederschlesien Lohnkämpfe in Fluss. Mangelhafte Streikfinanzierung und der Import ausländischer Kohle führten Ende Mai zum Zusammenbruch der Bewegung. Ein Bittgang zum Kaiser und dessen mit Tadel gewürztes Wohlwollen begünstigte das Zustandekommen eines Kompromisses, konnte aber nicht verhindern, dass die Unternehmer durch massenhafte Massregelungen und durch die Einführung schwarzer Listen den Widerstand der Arbeiter brachen. Zum Beispiel wurden im Saargebiet, wo in 1892 25.000 Arbeiter streikten, 2.457 Arbeiter gemassregelt, die zum grössten Teil im Revier keine Arbeit mehr fanden. Ökonomisch brachte die unfreiwillige Produktionseinschränkung den Unternehmern eine Preis- und damit Gewinnsteigerung, und organisatorisch war der Zusammenschluss der Zechen zu Streikversicherungskassen das wichtigste Resultat.

Selbst die höchstorganisierten Buchdrucker waren bei der Tarifrevision von 1891 der Überlegenheit der Unternehmer ohnmächtig ausgeliefert. Sie hatten angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit den Neunstundentag und einen Lohnausgleich durch Erhöhung des Akkordlohns um 10 Prozent gefordert. Nach Ablehnung eines Kompromissvorschlags – 9½ Stunden und 5 % – traten sie in einen langen und erfolgreichen Streik. Zehn Wochen kämpften sie erbittert und fanden dabei die solidarische Unterstützung deutscher und ausländischer Arbeiter, die erhebliche Gelder für sie sammelten. Der Streik kostete 2.750.000 Mark. Er wurde durch Intervention des Staates niedergeschlagen. In Stuttgart beschlagnahmte man die Invalidenkasse, und in Berlin verbot der Polizeipräsident dem Buchdruckerverbande, Streikunterstützungen zu zahlen und Extrabeiträge zu erheben. Am 13. Januar 1892 beendete das sogenannte Döblin-Büxenstein-Abkommen den Streik. Die Arbeit musste zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen werden.

Die Arbeitsmarkttendenz wirkte sich in einer Verschlechterung der Löhne aus.[1] Die Mitgliederbewegung bei den Gewerkschaften war rückläufig, 1891: 277.659, 1893: 223.530. Schon im Dezember 1891 schrieb das Correspondenzblatt der Generalkommission: „Unverkennbar macht sich gegenwärtig in den Gewerkschaften eine überaus starke pessimistische Stimmung bemerkbar. Es gewinnt den Anschein,

[1] Der Reallohn in Preussen (1900 = 100) sank von 77,7% im Jahre 1890 auf 69,1% im Jahre 1895. Vgl. Carl von Tyszka, Löhne und Lebenskosten in Westeuropa im 19. Jahrhundert, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 1914.

als sollte die Meinung Platz greifen, die gewerkschaftlichen Organisationen würden in der gegenwärtig ungünstigen Konjunktur zugrunde gehen und nicht wieder auferstehen, und die radikale politische Tendenz würde die deutschen Arbeiter abhalten, ihre Kraft den Organisationen für den Kampf um ihre Lebenshaltung wieder zuzuwenden."

In der allgemeinen Stagnation, die den Arbeitsmarkt und das Gewerkschaftsleben ergriff, versackten auch die Kämpfe um die erste Maifeier, innerparteilich und nach aussen. Aussperrungen und Massregelungen der Unternehmer waren in verschiedenen Orten, z. B. in Hamburg, die Antwort der Unternehmer auf die Maiaktion. Die überschwänglichen Hoffnungen einiger radikaler Parteigruppen, in Berlin, in Magdeburg, in Dresden, die das Gebäude des Kapitalismus bereits zusammenstürzen sahen, während nur Bismarck stützte, die grossen Erwartungen, die sich an die Gründung der Zweiten Internationale und die von ihrem ersten Kongress in Paris beschlossenen Massenaktionen für den 1. Mai geknüpft hatten, wurden durch die zögernd bedächtige Maitaktik des Parteivorstandes enttäuscht und riefen die Opposition der „Jungen" gegen „die parlamentarische Versumpfung der Partei" hervor. Nach kurzer Eigenexistenz ausserhalb der Partei ging die „Unabhängige Sozialistische Bewegung" der Jungen wirkungslos zugrunde. Im Briefwechsel zwischen Bebel und Engels war bloss von einer „Studentenrevolte" die Rede. Die lokalistische Opposition in den Gewerkschaften, die sich später als die „Freie Vereinigung der Deutschen Gewerkschaften" selbständig zusammenschloss, konnte sich unter dem Einfluss der anhaltenden Depression ebensowenig entwickeln wie zunächst die neugegründete Generalkommission, deren relative Ohnmacht vom Parteivorstand als ein Beweis ihrer Überflüssigkeit ausgelegt wurde. In den Kreisen des Parteivorstands sprach man von dem Streit zwischen Zentralisten und Lokalisten um die Organisationsform der Gewerkschaften als von einem „Frosch-Mäuse-Krieg".

Das Parteizentrum stand nach zwei Seiten hin in Abwehr. Kautsky repräsentierte schon in diesen ersten Jahren nach dem Sozialistengesetz ein marxistisches Zentrum, das von oppositionellen Flügeln flankiert war. Die Betonung des ökonomischen Wesens der Arbeiterbewegung – polemisch gegen das Parteizentrum – war beiden Flügeln gemeinsam. Der Vorwurf Ignaz Auers, dass Legien seine besondere Wertschätzung der Gewerkschaften und seine entsprechende Geringschätzung der parlamentarischen Partei mit den „Jungen" teile, deren neueste Entdeckung es sei, dass die Politik zu nichts tauge und die Gewerkschaften die einzig brauchbare Waffe im Klassenkampf des

Proletariats darstelle – dieser Vorwurf bestand zu Recht. Legien auf dem Kölner Parteitag 1893 und Kampffmeyer, der Ideologe der „Unabhängigen Sozialistischen Bewegung", vertraten gegenüber dem Parteizentrum die Marxsche Auffassung von den Gewerkschaften als den Brennpunkten der Organisation der Arbeiter zur Klasse.

Die Opposition in der Partei, die „Jungen", ebenso wie die Opposition in den Gewerkschaften, die Lokalisten, wollten mit dem Radikalismus aus der Zeit des Ausnahmegesetzes in gewerkschaftlichen Formen Ernst machen. Zwischen beiden Oppositionen liefen natürlich persönliche Fäden, obwohl die eine gegen denselben Parteivorstand rebellierte, unter den die andere die Gewerkschaftsbewegung unterordnen wollte. Die Lokalisten forderten die absolute Unterordnung unter den Parteivorstand und lehnten die Generalkommissionsgründung als eine formelle Entpolitisierung der Gewerkschaften ab aus den gleichen Motiven, aus denen die „Jungen" sich für die volle Emanzipation der Gewerkschaften vom Parteivorstand entschieden. Die Lokalisten betrachteten den Gewerkschaftskampf als die wichtigste Form des sozialdemokratischen Kampfes, den sie ebenso wie die Jungen für einen revolutionären Kampf hielten.

Bebel ging in seinem Pessimismus in Bezug auf die weitere Entwicklung der Gewerkschaften im Krisenjahr 1893 so weit, dass Schippel ihm mit Recht vorhalten konnte, konsequenterweise könne Bebel den Gewerkschaften nicht einmal als „Rekrutenschule für die Partei" für die Zukunft irgend eine Bedeutung beimessen.

Die Depression führte selbst bei Gewerkschaftlern zu der Auffassung, die Gewerkschaften seien „Rekrutenschulen" für die Sozialdemokratie und das Wichtige im Gewerkschaftskampf seien nicht die materiellen Resultate, sondern die Organisierung und Bewusstseinsbildung. Die latent zugrunde liegende strukturelle Differenz war also unter dem Druck der Depression in ihrem sachlichen Inhalt auf ein Nichts zusammengeschrumpft. Nur die institutionelle Rivalität war geblieben.

In der Polemik, die der damals linke Parvus im Anschluss an die Kölner Debatten gegen Bebel führte, kündigte sich neben der syndikalistischen Unterströmung der Lokalisten und nach der Parteiopposition der „Jungen" eine neue marxistische Linke an, die sich vom Kautskyanischen Marxismus ablöste.

Die in der Auseinandersetzung – innerparteilich, innergewerkschaftlich, zwischen Partei und Gewerkschaft – hervorgetretenen Gesichtspunkte lassen sich durch folgende Alternativen umschreiben, die sich überschneiden, ohne sich zu decken:

1. die Gewerkschaften als Hilfsorganisation („Spezialwaffe", „Rekrutenschule") oder als Brennpunkt der Organisation der Arbeiterklasse; Bebel-Auer-Kautsky gegen Legien-Kater[1]-Kampffmeyer.
2. die Gewerkschaften als soziale Notwehr („Palliativmittel") oder als die Form des materiellen und moralischen Aufstiegs der Arbeiterklasse im Kapitalismus;
   Kautsky gegen Legien.
3. die Gewerkschaften als Arbeitsmarktkartell oder als Durchbrechung des Warencharakters der Arbeitskraft („Entmarktung des Arbeitsmarktes", „Verwirklichung des Sozialismus");
   Legien gegen Parvus-Luxemburg.

II. NEUTRALITÄT

In der Mitte der neunziger Jahre ging die fast zwanzigjährige Depression, die „wie ein schleichendes Fieber die Gesellschaft ergriffen hatte" (Parvus), zu Ende. Umfangreiche Neuanlagen, eine Vermehrung der Arbeiterzahl, starke Inanspruchnahme der Kreditinstitute, Umsatzvergrösserung, steigende Dividende und sinkender Zinsfuss charakterisieren das Jahr 1895. Die Bilanzen einzelner Aktiengesellschaften ergaben das Zwei-, Drei- und Vierfache der Vorjahre.[2] Im Frühjahr 1896 setzte spontan eine erfolgreiche Streikwelle ein. Die Mitgliederziffern der Gewerkschaften, ihre Einnahmen, Ausgaben, der Vermögensstand, die Leistungsfähigkeit in allen Unterstützungszweigen nahmen zu.

Die amtliche Statistik in Preussen zählte:
1893-94 122 Streiks mit 6.905 Beteiligten
1895-96 795 Streiks mit 23.714 Beteiligten.

Die Zahl der Beteiligten wächst in den folgenden Jahren weiter an. Ein Maximum der erfolgreichen Streiks wird im Winter 1895-96 und im Sommer 1896 erreicht.[3]

Die Streikstatistik der Generalkommission weist für das Jahr 1896 die grösste Streikbeteiligung des ganzen Zeitabschnittes auf. An 483 Bewegungen waren 128.808 Arbeiter beteiligt, das sind mehr als die in dem ganzen Jahrfünft 1890-1895 an Streiks und Aussperrungen

[1] Fritz Kater, Führer der Lokalisten, und bis zu seinem Tode in den 20er Jahren das Haupt der „revolutionären Syndikalisten" in Deutschland.

[2] Der Reingewinn der Deutschen Bank stieg 1895-1899 von 11.4 auf 20,3 Millionen Mk. Die Emissionen wurden im gleichen Zeitraum verdoppelt. – Nach Calwer, Das deutsche Wirtschaftsjahr 1902, stieg die Durchschnittsdividende 1895-1900 von 7,34 auf 10,96%. – Die Roheisenproduktion stieg 1890-1895 im deutschen Zollgebiet um 0,8 Millionen Tonnen; 1895-1899 um 3 Millionen Tonnen.

[3] Im Winter 1895-96 waren erfolgreich 64,5%, erfolglos 20,1% aller Streiks, im Sommer 1896 waren erfolgreich 51.2%, erfolglos 20,7% aller Streiks, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage, I. S. 950.

Beteiligten. Zwei Drittel aller Bewegungen des Jahres 1896 waren Angriffsstreiks. Für 460 Streiks ist der Ausgang angegeben:

1896 von 460 Streiks 50,5% erfolgreich
26,5% teilweise erfolgreich
23,6% erfolglos.

Vergleichsweise waren:

1890-95 von 723 Streiks 36,8% erfolgreich
27,1% teilweise erfolgreich
36,1% erfolglos.

Die Angriffsstreiks waren bei weitem erfolgreicher (63%) als die Abwehrstreiks (38%). Von diesen 151 Abwehrkämpfen war ein ganzes Drittel Proteststreiks gegen Massregelungen. Im folgenden Jahr nimmt die Zahl der Streiks noch weiter zu, während Beteiligung und Ausgaben hinter 1896 zurückbleiben. 1898 überwiegen Abwehrkämpfe und Aussperrungen.

Jahr	Angriffs-streiks	Beteiligt	Wochen	Abwehr-streiks	Beteiligt	Wochen
1895	100	9.730	399	94	4.058	628
1896	332	115.660	1.113	151	13.138	790
1897	330	41.180	1.178	248	13.949	737
1898	477	39.588	3.364	505	20.176	1.365
1899	542	63.193	2.193	430	27.570	1.764
1900	514	86.786	2.011	338	28.925	1.273[1]

Trotz Konjunktur enden grosse Streiks mit Niederlagen. Die Abwehrorganisationen der Unternehmer machen sich für die Gewerkschaften schon in diesem Jahr empfindlich bemerkbar. Der Streik der Konfektionsschneider 1896 und vor allem der grosse Hafenarbeiterstreik 1896-97 zeigen dies deutlich.

Der Streik der schlecht organisierten Heimarbeiter in der Konfektion, einem Wirtschaftszweig mit überwiegender Frauenarbeit, endete trotz der allgemeinen Sympathie, die er in der öffentlichen Meinung fand, und trotz hoher Geldspenden, die ihm aus Arbeiterkreisen und auch aus dem Bürgertum zuflossen, mit einer völligen Niederlage. Immerhin lenkte dieser Streik die Aufmerksamkeit der Reichstagskommission für Arbeiterstatistik auf das Heimarbeiterelend und führte zu Arbeiterschutzbestimmungen, die den Meistern unbequem werden sollten.

Der Hamburger Hafenarbeiterstreik dauerte von November 1896 bis zum Februar 1897. 18.000 Arbeiter waren an ihm beteiligt. Der Organisationsgrad der unqualifizierten Hafenarbeiter, bei denen eine hohe Fluktuation üblich ist, war sehr gering. In vielem erinnerte der

[1] Correspondenzblatt, 1901, S. 454.

Streik an den Bergarbeiterstreik von 1889. Die Gelder wurden ad hoc aufgebracht. In Hamburg-Altona wurden 900.000 Mark gesammelt, das Berliner Gewerkschaftskartell steuerte 166.525 Mark bei. Eine Anleihe von 178.000 Mark und Spenden von 63.530 Mark kamen aus dem Ausland. Der Arbeitgeberverband lehnte eine Vermittlung durch den Hamburger Senat ab. Der Streik endete mit einer vollkommenen Niederlage.

Die Gewerkschaft der Hafenarbeiter war durch die Maifeieraktion des Jahres 1890 fast zerschlagen worden. Seit 1892 existierte ausser dem Zentralverband der Hafenarbeiter ein selbständiger Lokalverein. Die Solidaritätsaktion im Zusammenhang mit dem grossen Hafenstreik des Jahres 1896-1897 hat den internationalen Organisationsbestrebungen der Hafenarbeiter (Tom Man) einen neuen Anstoss gegeben.

Das materielle Ergebnis des wirtschaftlichen Aufschwunges war für die Arbeiter nicht sehr ergiebig. Zwar stiegen im allgemeinen die Löhne, und auch die Tendenz zur Senkung der Arbeitszeit setzte sich durch.[1] Aber nur 45 Prozent aller Streiks brachten Verbesserungen, 21 Prozent sogar Verschlechterungen. Noch immer waren die Hälfte aller Streiks Abwehrkämpfe, und der Prozentsatz verlorener Abwehrstreiks war zweimal so gross wie der Prozentsatz der verlorenen Angriffsstreiks.[2]

1. Tyszka berechnete für die Bergarbeiterlöhne im Bezirk Dortmund folgende Vergleichsziffern:

Jahr	Nominallohn	Haushaltskosten (Durchschnittspreise für Deutschland)	Reallohn
1895	73	105	69
1900	100	100	100

Von 1895 an stiegen die Löhne in allen Industrieländern. Tyszka, a.a.O., S. 96.
Im deutschen Baugewerbe betrug die Arbeitszeit täglich in Stunden:

1895 von 1 442 Orten	in 436	Orten:	10
	„ 103	„	10½
	„ 818	„	11
	„ 85	„	mehr als 11
1900 von 1 353 Orten	„ 643	„	10
	„ 90	„	10½
	„ 566	„	11
	„ 54	„	mehr als 11.

Habersbrunner, Die Lohn-, Arbeits- und Organisationsverhältnisse im deutschen Baugewerbe, Leipzig 1913, S. 14.

2 Im Jahre 1895 sind 46 % aller Streiks Abwehrstreiks
1897 42,9%
1899 44,5%
Trotz Prosperität nimmt der Anteil der Abwehrkämpfe nicht ab.

In dem Jahrfünft vor der Jahrhundertwende nahmen die Gewerkschaften in Deutschland jene Gestalt an, die sie bis zum Ersten Weltkriege und später in der Weimarer Republik hatten. Die Schwäche, Unentwickeltheit und Enge der deutschen Gewerkschaftsbewegung vor 1895 lässt sich zum Beispiel an den Kassenverhältnissen illustrieren. Nur wenige Verbände konnten auch nur eine Woche lang alle Mitglieder unterstützen, wenn als wöchentliche Streikunterstützung 10 Mark angenommen wird. Die meisten Organisationen wären in einer Woche gesprengt worden, wenn die Hälfte oder ein Drittel ihrer Mitglieder gestreikt hätten. Die Mehrzahl hätte selbst dann nicht durchhalten können, wenn auch nur ein Zehntel oder weniger ihrer Mitglieder eine Woche hindurch gestreikt hätten.

Im Jahr 1894 war der folgende Jahresbetrag pro Kopf der Mitglieder. im Kassenbestand:

4 Organisationen mit	14.509 Mitgliedern	5-10 Mark
8 Organisationen mit	42.896 Mitgliedern	3-5 Mark
15 Organisationen mit	105.514 Mitgliedern	1-3 Mark.

Nur wenige Organisationen hatten etwas ausreichendere Mittel:

die Hutmacher	mit 2.500 Mitgliedern	81 Mark
die Buchdrucker	mit 17.275 Mitgliedern	35 Mark
die Tabakarbeiter	mit 13.714 Mitgliedern	11 Mark
die Bildhauer	mit 2.885 Mitgliedern	11 Mark [1]

Sammellisten und Extrabeiträge waren eine unentbehrliche Finanzierungsform.

Der Organisationsgrad war niedrig. In Berlin wiesen z. B. alle Kategorien zusammen einen Organisationsgrad von 13% auf. Von den Maurern waren in der Hochsaison nur 2½% organisiert. Die Ungleichmässigkeit des Organisationsgrades wird durch einen Vergleich mit hochorganisierten Städten deutlich, z.B. mit Lübeck, wo 90 Prozent der Maurer organisiert waren. Von den Berliner Buchbindern erfassten die Gewerkschaften 14,3%, von den Hutmachern ca. 9%, von den Webern und Wirkern 11,3%, von den Metallarbeitern 16%, von den Holzarbeitern 18%. Der Reichsdurchschnitt geht aus einem Vergleich mit den in der Unfallversicherung Organisierten hervor. 1891 zählte die Unfallversicherung cirka 5 Millionen gewerblicher Arbeiter; nur 250.000 waren 1894-1895 freigewerkschaftlich organisiert, genau 5 Prozent der Unfallversicherten von 1891.[2]

Als nun die Gewerkschaften in die stürmische Streikwelle des

[1] Wir entnehmen diese Angaben der ausgezeichneten Schrift von Parvus, Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, Dresden 1896.

[2] 1893 zählten die Krankenkassen 7.100.000 Mitglieder, die Gewerkschaften im gleichen Jahr 223.000 Mitglieder.

Jahres 1896 hineinkamen, musste politische Schulung der Arbeiter und der Einfluss der Sozialdemokratie viele der organisatorischen Mängel ausgleichen. Ohne die Unterstützung durch die Partei mit ihrer Presse und mit ad hoc herausgegebenen Sammellisten waren grosse Streiks damals in Deutschland überhaupt nicht denkbar. Das gab dem traditionellen Übergewicht der Partei über die Gewerkschaft plötzlich eine neue Funktion. Dabei kam aber auch die Grenze sozialdemokratischer Macht zum Vorschein. Die Partei der zwei Millionen Wähler und die Parlamentsfraktion konnten die Schwäche der Arbeiter gegenüber den Unternehmern in den Betrieben keineswegs kompensieren. Die Lohnkämpfe verzettelten sich und waren durch Hast und Eile charakterisiert. Man musste schnell siegen, wollte man überhaupt siegen.

Die amtliche Statistik in Preussen zählte:

1890-91 287 Streiks mit 35.216 Beteiligten
1895-96 795 Streiks mit 23.714 Beteiligten.

Es waren also im Durchschnitt an einem Streik beteiligt 1890-91: 123, 1895-96: 30 Arbeiter. Parvus hat das Bild in die Worte zusammengefasst: „Die Streiks haben eine wahre Musterkarte der rückständigsten Verhältnisse entrollt." [1]

Das folgende Jahrfünft hat diese Verhältnisse grundlegend gewandelt. Die Berliner Zahlstellen allein erfassten im Jahre 1903 etwa ebenso viel Gewerkschaftsmitglieder wie ganz Preussen im Jahre 1896; die Bremer Zahlstellen des Jahres 1903 so viel wie die drei Hansastädte zusammen im Jahre 1896. In derselben Zeitspanne kommt der Regierungsbezirk Magdeburg auf doppelt so viel Gewerkschaftsmitglieder wie die ganze Provinz Sachsen.[2] Die Gesamtzahl der freigewerkschaftlich Organisierten war 1894: 246.494 und 1900: 680.427.

Die Einnahmen stiegen im gleichen Zeitraum von ca. 2,7 Millionen auf ca. 9,4 und die Ausgaben von ca. 2,1 Millionen auf ca. 8,0. Der Anteil der Streikausgaben an den Gesamtausgaben nahm zu.

[1] Parvus, a.a.O., S. 31 ff. In der Zeit des Konjunkturumschwungs 1895 hat Parvus (Pseudonym für Helphand) – damals einer der Hauptsprecher für die marxistische Linke in der Partei – um die Entwicklung gewerkschaftlichen Denkens und Handelns in Deutschland sich besonders verdient gemacht. In der zitierten Schrift von 1896 begrüsst er z.B. die zentrale Zusammenfassung der Gewerkschaften in der Generalkommission ebenso wie die Arbeiterschutzgesetzgebung – im Gegensatz zum Standpunkt des Parteivorstands – als Fortschritte. Er sieht im alltäglichen Rechtsbeistand, in der praktischen Durchführung der Fabrikinspektion, in der Vertretung der Arbeiterschaft in den Krankenkassen Tätigkeitsfelder erstmalig sich auftun, die wichtige, spezifisch gewerkschaftliche Aufgaben und Entwicklungsmöglichkeiten enthalten. „Wir wären froh, wenn man in Deutschland mit den Gewerkschaften so weit wäre wie in England". A.a.O.

[2] Troeltsch und Hirschfeld, a.a.O., S. 184-85.

Jahr	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899
Ausgaben pro Mitglied in M.							
Kranken- u. Invalidengeld	1,3	1,7	1,8	1,4	1,2	1,1	1,2
Streikgelder	0,3	0,7	0,9	2,8	2,1	2,1	3,5

Der plötzliche Sprung in den Ausgaben für Streiks von 1895 zu 1896 ist besonders auffällig. Der hohe Anteil der Streikausgaben blieb bis 1899 und erreichte in diesem Jahre ein Maximum. Die Ausgaben für Invaliden- und Krankenunterstützung dagegen, die wichtigsten Unterstützungskosten, blieben während des ganzen Zeitabschnittes ungefähr auf gleicher Höhe. Während 1893 die Streikausgaben nur einen verschwindend kleinen Teil der Gesamtausgaben bilden und viermal soviel für Kranken- und Invalidenunterstützung ausgegeben wird, ist nach vier Jahren Prosperität das Verhältnis umgekehrt; die Streikausgaben betragen 1899 das Dreifache der Kranken- und Invalidengelder.

Auf die Belebung der gewerkschaftlichen Tätigkeit antworteten die Herrschenden mit Angriffen auf das Koalitionsrecht. Der Schutz der Arbeitswilligen sollte 1899 noch über den § 153 der Reichsgewerbeordnung hinaus strafrechtlich gesichert werden. Am 3. Februar des gleichen Jahres, im „Löbtauer Urteil", wurden in einem Prozess gegen Streikteilnehmer 8 Angeklagte mit 53 Jahren Zuchthaus, 8 Jahren Gefängnis, 70 Jahren Ehrverlust bestraft. Der Kaiser hatte schon 1898 in seiner Oeynhauser Rede den Gesetzentwurf zur Verschärfung der Arbeitswilligen-Schutzbestimmungen in einer Weise angekündigt, die dem Entwurf den Namen „Zuchthausvorlage" einbracht hat. Der Entwurf ging von der Auffassung aus, dass die bisher geltenden Bestimmungen der Gewerbeordnung nur für „Lohnstreiks", nicht aber für „Machtstreiks" ausreichend seien, und stellte „gemeingefährliche" Streiks unter Zuchthausstrafe. Ende Juni 1899 gelangte der Entwurf in der Fassung des Grafen von Posadowsky Freiherrn von Postelwitz an den Reichstag, wo er im Dezember 1899 abgelehnt wurde.

Das rapide Gewerkschaftswachstum ermöglichte es der Generalkommission, die Neutralisation und Unabhängigkeit gegenüber der politischen Partei zu proklamieren. Damit waren die traditionellen parteioffiziellen Wendungen wie „Rekrutenschule" oder „Spezialwaffe" endgültig veraltet.

Um 1900 kam die Losung einer „gewerkschaftlichen Sammlungspolitik" auf. Aus dem Prinzip der gewerkschaftlichen Neutralität, das

bis dahin nicht viel mehr als eine juristische Formalität und eine geeignete Formel für Mitgliederwerbung gewesen war, wurde jetzt ein Grundsatz der wirklichen Gewerkschaftspraxis, notwendig auch durch die organisatorische Konkurrenz mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Der christliche Bergarbeiterverband war 1894 gegründet worden. Gleichzeitig wurde vorgeschlagen, ein sozialpolitisches Mindestprogram auszuarbeiten und jedem Parlamentskandidaten die Stimme zu geben, der es anerkannte. Auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress 1899 erklärte Legien die prinzipielle Bereitschaft der deutschen Gewerkschaften, mit jeder sozialpolitischen Partei zu verhandeln. „Es gibt eben keine andere Partei in Deutschland als die sozialdemokratische, die politisch vertritt, was wir in unseren gewerkschaftlichen Organisationen erörtern und fordern. Wenn einmal eine Partei in Deutschland entsteht, die das auch tut und die nötige Macht hat, dann sind wir gerne bereit, als Gewerkschaft mit ihr zu verhandeln." [1] In die gleiche Richtung ging ein Vorschlag v. Elms, die Gewerkschaften sollten „ihre Anschauungen in sozialpolitischen Dingen in klaren, bestimmten Thesen niederlegen und als eine Standarte auf ihren Kongressen aufrichten." Ihre Stellung zu den Parteien solle nach deren Haltung von Fall zu Fall entschieden werden. „Die offizielle Parteinahme zu Gunsten *einer* Partei würde die Interessenpolitik schädigen." [2] Ebenso setzte sich der Bergarbeiterführer Otto Hué für die Propagierung jedes Parlamentskandidaten ein, der die sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften anerkannte.[3]

Die Neutralität der Gewerkschaften in einem bloss taktischen, juristischformellen Sinne war in der deutschen Sozialdemokratie von Anfang an selbstverständlich. Sie ergab sich u.a. schon aus dem bestehenden Vereinsgesetz, das den legalen gewerkschaftlichen Zusammenschluss von einem formellen Verzicht auf „politische Tätigkeit" abhängig machte. In den sechziger Jahren und bis zum sozialdemokratischen Vereinigungsparteitag in Gotha 1875 trat die Eisenacher Richtung (Bebel, Liebknecht) für eine Neutralität der Gewerkschaften in diesem Sinne ein, was damals hiess: neutral gegenüber dem Lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Die Lassalleanischen Gewerkschaften waren die relativ grössten, und sie waren aus Prinzip und in ihrem Programm politische Gewerkschaften „Neutralisation" hatte also in der deutschen Arbeiterbewegung zuerst die Bedeutung: Emanzipation von der Bevormundung der „kleinen Lassalles" (z.B. Schweitzers). Auch der bekannte Ausspruch von

[1] Frankfurter Gewerkschaftskongress 1899, Protokoll S. 219.
[2] Neue Zeit, Jg. XVIII, 1900, S. 356 ff..
[3] Hué, Neutrale oder Parteiische Gewerkschaften? Ein Beitrag zur Gewerkschaftsfrage, zugleich eine Geschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung, Bochum 1900.

Marx in seinem Gespräch mit Hamann, dem Kassierer der Lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterschaft [1] muss in diesem Zusammenhang verstanden werden. Die Neutralisation der Gewerkschaften war ein erster Schritt zur Vereinigung der Eisenacher mit den Lassalleanern. Auf dem Erfurter Gewerkschaftskongress 1872 brachte Theodor York eine Resolution ein, die auch angenommen wurde, und die die Einheit neutraler Gewerkschaften forderte. In der Resolution hiess es: „In Erwägung, dass die Kapitalmacht alle Arbeiter, gleichviel ob sie konservativ, fortschrittlich, liberal oder Sozialdemokraten sind, gleich sehr bedrückt und ausbeutet, erklärt der Kongress es für die heilige Pflicht der Gewerkschaften, allen Parteihader beiseitezusetzen, um auf dem neutralen Boden einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation die Vorbedingungen eines erfolgreichen kräftigen Widerstandes zu schaffen, die bedrohte Existenz sicherzustellen und eine Verbesserung ihrer Klassenlage zu erkämpfen ...“ [2] Nach der Vereinigung der politischen Richtungen in Gotha beschloss der Gewerkschaftskongress in Gotha: „Es ist die Pflicht jedes Gewerkschaftsgenossen, aus der Gewerkschaftsorganisation die Politik fernzuhalten.“ Die formelle Neutralität war also ein allgemein anerkanntes Prinzip. Diese formelle Neutralität bei faktischer politischer Unterordnung unter die Partei war auch die herrschende sozialdemokratische Anschauung in den neunziger Jahren.

Die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften hatte auch bei dem Streit zwischen Lokalisten und Zentralisten auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongress 1892 eine Rolle gespielt. Die Mehrheit entschied sich in Halberstadt für die Generalkommission, d.h. für die selbständige organisatorische Zusammenfassung und politische Neutralität, während die lokalistische Minderheit gegen selbständige Zentralisierung und für Unterordnung lokaler Verbände unter die Partei Stellung nahm. Als Carl Legien und Karl Klosz an dem Sozialen Kongress über Arbeitslosigkeit und Notstandsarbeiten, den das Freie Deutsche Hochstift im Oktober 1893 in Frankfurt veranstaltete, teilnahmen, sprach Bebel von dem Canossagang der

[1] Die Gewerkschaften verbänden die Massen gründlicher und auf die Dauer besser, als politische Parteien es könnten, sie allein seien deshalb imstande, „eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren.“ Die Äusserung von Marx aus dem Jahre 1869 ist zitiert in: Karl Marx und die Gewerkschaften, herausgegeben von F. Hertneck, Berlin o. J., S. 142.

[2] Auf dem Holzarbeiterkongress zu Nürnberg im Jahre 1873 erklärte Zirfas, nachdem er einiges über die Grenzen gewerkschaftlicher Tätigkeit und über die Notwendigkeit politischer Organisation gesagt hatte: „... Der politische Kampf ist in den gewerkschaftlichen Vereinigungen unstatthaft; er muss in der politischen Organisation, der Sozialdemokratischen Partei geführt werden.“

Gewerkschaften nach Frankfurt. Auf diesem Kongress sagte Legien u.a.,die Arbeiter würden „mit Lust und Liebe zur Stelle sein, wenn es sich darum handelte, auf sozialem Gebiete mitzuarbeiten. Sie wollen nur als gleichberechtigte Faktoren betrachtet und nicht stets und ständig hintenangesetzt werden. Es liegen allerdings die Verhältnisse so, dass wir überall die Zurückgesetzten sind, und unser Pessimismus gegenüber den Massnahmen der Behörden ist ein berechtigter." [1]

Die ausschliessliche Anlehnung an die Sozialdemokratische Partei war schon in dieser Zeit von seiten der Gewerkschaften alles andere als prinzipieller Natur; sie ergab sich aus der politischen Gesamtkonstellation. Da die parlamentarische Vertretung der Gewerkschaften durch die Sozialdemokratie, die trotz der ständigen Wahlerfolge eine Minderheitspartei war, nicht ausreichte, war die Bereitschaft, ähnlich den englischen Trade-Unions auch liberale Parlamentarier für die gewerkschaftlichen Forderungen zu interessieren, immer vorhanden.

Was aber in den fünf Prosperitätsjahren vor der Jahrhundertwende als „gewerkschaftliche Sammlungspolitik" in Erscheinung trat, war mehr und war etwas anderes als die bloss juristisch formale und auch werbungstaktische Neutralität. Es war eine bewusste Durchbrechung jener alten Vorstellungen von der Führerrolle der Partei. Mit der Überwindung der Depression und den relativen Erfolgen entwickelte sich bei den Gewerkschaftlern ein neues Selbstbewusstsein. Die Haltung Legiens auf dem Gothaer Parteitag 1896 war – in direkem Gegensatz zu dem Pessimismus von 1893 – ein erster Ausdruck dieses neuen Selbstbewusstseins. In der Debatte über Vorschläge zur Sozialpolitik sprach Legien davon, dass die Gewerkschaften, soweit die juristischen Vorbedingungen dafür gegeben sind, sich selbstverständlich mit der Sozialgesetzgebung beschäftigen werden, – „mit oder ohne Parteitagsbeschluss."

Der neue Inhalt, den die alte Neutralitätsforderung jetzt bekommen hatte, war den Gewerkschaftlern durchaus bewusst. Der Unterschied wurde oft ausgesprochen. Auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress 1902 sagte Rexhäuser: „In Parteikreisen fasst man die Neutralität nur als taktische Frage auf. Für mich ist sie eine prinzipielle Frage." – „Der Schwerpunkt der Arbeiterbewegung liegt heute in den Gewerkschaften. Oder haben das die Gewerkschaften noch nicht erkannt?"

In der Broschüre Otto Hués, die zu dem Thema „Neutrale oder parteiische Gewerkschaften" im Jahre 1900 herauskam, kehrt ein Ge-

[1] Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung in Industrie- und Handelsstädten, Schriften des Freien Deutschen Hochstiftes, Berlin 1894.

danke wieder, der uns um die Zeit des ausgehenden Sozialistengesetzes im sozialdemokratischen Berliner Volksblatt begegnet war. Während der Sozialdemokratismus bürgerlich-radikal sei (s. S. 7/8), formiere sich in den Gewerkschaften, einerlei welcher Schattierung, die Arbeiterklasse. Bei Hué heisst es von den praktischen Forderungen des Erfurter Programms der Sozialdemokratie: „Dieser Programmteil hat recht wenig spezifisch Sozialdemokratisches an sich; er könnte von jeder bürgerlich-radikalen Partei vertreten werden und – wären alle dort aufgestellten Forderungen verwirklicht, so befänden wir uns noch immer in der bürgerlichen Gesellschaft." Hué hält dem die christliche Gewerkschaftsbewegung entgegen, in der Keime einer radikalen Arbeiterpartei verborgen seien. Manche Elemente seien dort tätig, „die schon jetzt nicht mehr in den Rahmen der bürgerlichen Parteien passen." Er spricht von einer Arbeiterpolitik, die auch von den nichtsozialdemokratischen Arbeitern betrieben werde, sobald sie konsequent als Gewerkschaftler vorgingen und nicht auf Ratgeber mit anderen Interessen hörten.

Zur Parteidiskussion über die Neutralität der Gewerkschaften hat Konrad Haenisch eine Statistik des zahlenmässigen Verhältnisses von Partei und Gewerkschaft beigesteuert. Er hat für die Gemeinde Leipzig Daten der Partei- und Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1891 mit den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung von 1895 verglichen.[1] Der Hauptmangel dieser Zusammenstellung besteht darin, dass sie sich auf Angaben aus den Jahren der Depression vor 1895 stützt, während die neuen Neutralisierungsbestrebungen nur im Zusammenhang mit der Prosperität nach 1895 und dem Gewerkschaftswachstum verständlich sind. Die Berechnung kann auch rein statistisch auf Genauigkeit nicht Anspruch erheben. Zwischen der Berufsstatistik und der Parteistatistik liegen drei Jahre. Ferner ist die Verwaltungsgemeinde Leipzig nicht dieselbe territoriale Einheit wie der viel engere Wahlkreis Leipzig-Stadt oder der weitere Wahlkreis Leipzig-Stadt und -Land. Konrad Haenischs Aufsatz in der Neuen Zeit muss als eine polemische Arbeit aus dem Kreise um die Leipziger Volkszeitung gegen die gewerkschaftlichen Neutralisierungsbestrebungen verstanden werden. Dennoch bieten seine Ziffern einen gewissen Anhalt für das zahlenmässige Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft, über das aus dieser Zeit wenig detaillierte Untersuchungen vorliegen.

Für die vier gewerkschaftlich höchstorganisierten Berufe übertraf der gewerkschaftliche Organisationsgrad den politischen um:

[1] Konrad Haenisch, Statistisches zur Neutralisationsfrage, Neue Zeit, Jg. XVIII, 1900, S. 596 ff.

	(Gewerkschaftlicher Organisationsgrad)
79,4% bei den Maurern	(87,7%)
55,1% bei den Dachdeckern	(64,9%)
59,1% bei den Böttchern	(63,3%)
57,7% bei den Zementarbeitern	(58,8%)

Den höchsten politischen Organisationsgrad hatten die Tischler, die Hutmacher, die Tabakarbeiter, zwischen 11 und 11,8% aller Beschäftigten.

Im Ganzen waren: 31,728 sozialdemokratische Wähler,
19,327 Leser der Leipziger Volkszeitung,
18,927 gewerkschaftlich Organisierte,
4,855 politisch Organisierte.

Mit anderen Worten, auf zehn Parteimitglieder kamen 65 sozialdemokratische Wähler, 43 Abonnenten der Parteizeitung, 38 Gewerkschaftsmitglieder. Auf zehn Gewerkschaftsmitglieder kamen 17 sozialdemokratische Wähler und 12 Abonnenten der Parteizeitung.

Eine ähnliche quantitative Relation zwischen Partei und Gewerkschaft wie die für 1891 bezw. 1895 und für die Verwaltungsgemeinde Leipzig ermittelte zeigt eine Erhebung für Gross-Berlin und für das Jahr 1906.[1] Vor 1895 waren in Leipzig ungefähr ein Viertel aller Gewerkschaftsmitglieder in der Sozialdemokratie organisiert, 1906 in Berlin ungefähr ein Sechstel. Die beiden Erhebungen sind nicht unmittelbar miteinander vergleichbar, doch werfen sie bei dem repräsentativen Charakter, der beiden Städten für die Arbeiterbewegung zukam, ein gewisses Licht auf das spezifische Gewicht von Partei und Gewerkschaft.

Das abgerundete Gesamtergebnis der Berliner Erhebung war: 16% der Gewerkschaftsmitglieder waren gleichzeitig in der Sozialdemokratie organisiert, und 80% der Parteimitglieder gleichzeitig in den Gewerkschaften.[2] Von den gewerkschaftlich organisierten Parteimitgliedern gehörte die Mehrzahl zu den Maurern, Holzarbeitern, Zimmerern, Buchdruckern und Metallarbeitern. Von diesen Berufskategorien waren 60 bis 90% gewerkschaftlich, 10 bis 25% politisch organisiert.

Das neue Machtverhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft zeigte sich am Ende des Jahrfünfts 1895-1900 bei verschiedenen innerorganisatorischen Anlässen, so beim Konflikt des Leipziger Gewerk-

[1] Neue Welt, Jg. XXVI, 1908, S. 450 ff.

[2] Von den gewerkschaftlich organisierten Parteimitgliedern waren einige auch in den Hirsch-DunckerschenGewerkvereinen und in Lokalverbänden, die nicht an die Generalkommission angeschlossen waren, organisiert.

schaftskartells und der Leipziger Volkszeitung einerseits mit dem Buchdruckerverband andererseits, und bei dem Konflikt der Hamburger Akkordmaurer mit den Gewerkschaftsbeschlüssen.

Beim Abschluss der Tarifgemeinschaft im Jahre 1896 kam es unter den Mitgliedern des Buchdruckerverbandes zu lebhaften Auseinandersetzungen und schliesslich zur Abspaltung eines Teiles der Leipziger Mitglieder unter der Führung des Redakteurs ihres Verbandsorgans. Das Leipziger Gewerkschaftskartell erkannte diese Neugründung an, während es die Mitglieder des alten Verbandes aus dem Kartell ausschloss. Die Neugründung fand die Unterstützung der Leipziger Volkszeitung. In dem Betrieb der Leipziger Volkszeitung waren Buchdrucker beider Richtungen beschäftigt. Als bei der Einführung von Setzmaschinen das Setzerpersonal verringert werden musste, wurden die Entlassungen von der parteipolitischen Tätigkeit der Setzer abhängig gemacht. Dies rief in Gewerkschaftskreisen einen Sturm der Entrüstung hervor, den der intervenierende Parteivorstand zu beschwichtigen versuchte. In einem Zirkular sprach der Parteivorstand sein Bedauern aus, „dass unsere Leipziger Genossen und ihr Organ bei ihrem Verhalten gegenüber den Differenzen im Buchdruckerverbande von der allgemein innegehaltenen Richtung der Partei abgewichen sind und Partei ergriffen haben." [1]

Bei den Hamburger Akkordmaurern handelte es sich im gleichen Jahre um den Beschluss eines Parteischiedsgerichtsverfahrens, der den Ausschluss von Parteimitgliedern aus der Partei abgelehnt hatte, die entgegen den Beschlüssen ihrer Gewerkschaft im Akkord gearbeitet hatten. Bei dem Parteischiedsgericht war der Parteivorstand durch Ignaz Auer vertreten. Als von Gewerkschaftsseite gegen diesen Schiedsspruch protestiert worden war, setzte die Partei eine Kontrollkommission ein, der die Linke Klara Zetkin, der Revisionist Eduard David und H. Koenen angehörten. In der Entscheidung der Kontrollkommission in Sachen der Hamburger Akkordmaurer hiess es – fast gleichlautend mit der Parteivorstandsintervention in Sachen der Leipziger Buchdrucker –: „Die Kontrollkommission spricht zunächst ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, dass Parteigenossen eine ihrer Natur nach rein gewerkschaftliche Frage dadurch zur Parteisache gemacht haben, dass sie die Parteiorganisation zur Entscheidung angerufen haben. Dieses Vorgehen würde in unvermeidlicher Konsequenz dazu führen, dass tadelnswerte, die Interessen der sozialdemokratischen Partei verletzende Handlungen seitens einzelner Gewerkschaftsmitglieder auch vor das Forum der Gewerkschaftsorganisation gezogen und eventuell auch durch Ausschluss aus der letzteren ge-

[1] Zirkular Nr. 20 des Parteivorstandes vom 21. Februar 1901.

ahndet werden müssten.[1] In beiden Fällen dachten die Spitzenbehörden der Partei nicht mehr daran, zu beanspruchen, dass die Gewerkschaften sie als die übergeordnete Behörde betrachten.

In den Sozialistischen Monatsheften, der Zeitschrift der Revisionisten, schrieb v. Elm, dass der Hamburger Schiedsspruch das bisherige Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften wesentlich zu modifizieren drohte. Er fügte hinzu: „Der Arbeiter, der Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist und seiner Gewerkschaft nicht angehört, hat nach meinem Dafürhalten das ABC des Sozialismus noch nicht begriffen. Arbeiter aber, die darauf hinarbeiten, die allseitig für berechtigt anerkannten Beschlüsse ihrer Gewerkschaft illusorisch zu machen, können nicht den Ehrentitel eines Sozialdemokraten beanspruchen." [2] Das Correspondenzblatt der Generalkommission sah in der Begründung des Hamburger Schiedsspruches eine Neuauflage der Behandlung der „Leipziger Volkszeitungsstreikbrecher" durch die Partei. „An sich könnte es den Gewerkschaften ja gleichgültig sein, aus welchen Kreisen eine politische Partei ihre Mitglieder empfing, auch dann, wenn diese Partei als politische Vertretung der Arbeiterinteressen anerkannt wird. Sie haben sich nicht darum gekümmert, ob diese Partei Unternehmer, Kleinhandwerker, Bauern, Künstler, freie Berufsangehörige oder selbst Staatsbeamte zu ihren Angehörigen zählt und Leute umfasst, von denen gewerkschaftliche Organisation und die gewerkschaftliche Interessenvertretung schwer zu erwarten ist. Nicht gleichgültig aber kann es den Gewerkschaften sein, wie diese Partei als solche über die elementarsten Pflichten des gewerkschaftlichen Klassenkampfes denkt und urteilt, denn angesichts der Tatsache, dass ein grosser Teil von Arbeitern sowohl der Partei als auch einer gewerkschaftlichen Organisation angehöre, müssen Widersprüche zwischen der Theorie der Gewerkschaften und der Praxis der Partei zur Zersetzung der Gesamtbewegung und zur Lockerung der gewerkschaftlichen Disziplin führen." [3] Das ist eine Sprache, wie sie fünf Jahre früher nicht möglich gewesen wäre.

Der Parteivorstand verhielt sich gegenüber der Neutralisation der Gewerkschaften genau so, wie er sich gegenüber der Zentralisation verhalten hatte. Er leugnete einfach das „Ereignis". Bebel konzedierte die Neutralität in ihrer bloss formellen Bedeutung noch einmal als eine längst anerkannte Selbstverständlichkeit. Indem er beharrlich bei der engeren Interpretation der Neutralitätsforderung blieb und

[1] Aktenstücke über den Schiedsspruch in Sachen der Hamburger Akkordmaurer, Berlin 1901, S. 11.
[2] a.a.O., S. 22.
[3] Correspondenzblatt, 1901, Nr. 31, Streikbruch und Sozialdemokratie.

die inzwischen tatsächlich eingetretene Selbständigkeit der Gewerkschaften ignorierte, entstand durch den Gleichlaut der Worte der Schein vollständiger Einmütigkeit.[1]

Für Bernstein und die Revisionisten, die die Praxis der Sozialdemokratie als die einer radikalen Reformpartei bezeichneten und ihre Revision als eine entsprechende Programmrevision auffassten, konnte ein Gegensatz zwischen der Praxis der Partei und der Praxis der Gewerkschaften prinzipiell nicht existieren. Also konnten sie auch in den Unabhängigkeitswünschen der Gewerkschaften keine Gefahr für die Einheit der Bewegung erblicken.

Den Linken aber kam es, gerade weil sie die Gewerkschaftsarbeit für wichtig hielten, darauf an, die Gewerkschaften für ihre eigene politische Linie mit Beschlag zu belegen. Nicht unähnlich dem Standpunkt der Lokalisten von 1892 forderten sie eine reale Unterordnung der Gewerkschaften unter die politische Führung der Partei. In der sozialdemokratischen Führung der Gewerkschaftskämpfe sahen sie die einzige Garantie für die Einheit von Tageskampf und Endziel und für die Einheit der Arbeiterbewegung. Nach Rosa Luxemburg müsste die neue „gewerkschaftliche Sammlungspolitik... zur Preisgabe des gegenwärtigen fortschrittlichen Charakters der deutschen Gewerkschaftsbewegung führen." Dabei war unter Fortschrittlichkeit der deutschen Gewerkschaften ihre Unterordnung unter die Sozialdemokratie gemeint. Das Paradies der Neutralität, die englische Arbeiterbewegung mit ihrer „engherzigen nationalen Abgeschlossenheit nach aussen und der Zersplitterung nach innen", schien Rosa Luxemburg zu beweisen, dass die gewerkschaftliche Sammlungspolitik bei näherem Zusehen in Zersplitterungspolitik auslaufe. Sie lehnte die Neutralitätspolitik deshalb in jedem Sinne ab, sowohl in dem engeren bloss taktischen als in dem prinzipiellen Sinne, den die Gewerkschaftsführer meinten. Für die Linken waren die Gewerkschaften eine blosse soziale Notwehr gegen die Übergriffe des Kapitals, befähigt, den Wert der Ware Arbeitskraft zu realisieren, aber unfähig, den Warencharakter der menschlichen Arbeitskraft aufzuheben. Mit ihrem Wort von der „Sysiphusarbeit" der Gewerkschaften wiederholte Rosa Luxemburg nur den alten Standpunkt der orthodoxen Marxisten. Dass er diesmal aber auf so lebhaften Widerstand der Gewerkschaften stiess, war ein Symptom der veränderten Situation. Die „Emanzipation" der Gewerkschaften ist vom Parteivorstand offiziell ignoriert, von den Revisionisten anerkannt und begrüsst, von den Linken mit wachsender Beunruhigung verfolgt, theoretisch abgelehnt und praktisch bekämpft worden.

[1] Vgl. Bebels Berliner Reden vom 25. bezw. 31. Mai 1900 und seine Broschüre: Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien, Stuttgart 1900.

III. DER KONFLIKT

Als es um die grossen Fragen der Taktik und nicht mehr nur um innerorganisatorische Konflikte ging, trat an die Stelle des Kompetenzstreits im einzelnen Fall der allgemeine Konflikt: die Frage nach der „Souveränität" in der Arbeiterbewegung. Die Parteiaktion wird vom Veto der Generalkommission abhängig gemacht.

Die verschiedenen Massenstreiks, die um die Jahrhundertwende in verschiedenen Ländern Europas dieses Kampfmittel im Wahlrechtskampf erprobten, insbesondere die zentrale Bedeutung des politischen Massenstreiks in der russischen Revolution von 1905, brachten die Debatte über die Mittel, mit denen in Deutschland, zum Beispiel in Preussen, der Wahlrechtskampf zu führen sei, in Fluss. Der internationale Sozialistenkongress in Amsterdam 1904 beschäftigte sich mit der Frage des Massenstreiks. Die Debatte hatte in der Presse kaum einen gewissen Umfang erreicht, als die Generalkommission mit dem Kölner Gewerkschaftskongress 1905 den Beschlüssen der Partei in dieser Frage zuvorkam. Die Gewerkschaften stellten die Sozialdemokratie vor eine vollendete Tatsache. Die Aktualität der Frage wurde bestritten, jede Beschlussfassung über eine eventuelle zukünftige Anwendung politischer Massenstreiks wurde abgelehnt; der Gewerkschaftskongress erliess sogar in aller Form ein Diskussionsverbot. Der Referent zu dem Tagesordnungspunkt 4, „die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik", Bömmelburg, sagte auf dem Kölner Kongress: Alle internationalen Kongresse haben sich damit beschäftigt. Für Deutschland ist der politische Massenstreik indiskutabel. Er wird auf der Tagesordnung des nächsten Parteitages voraussichtlich zu finden sein. „Daher mussten auch wir diesmal dazu Stellung nehmen, um nicht Gefahr zu laufen, dass wir uns später

Beschlüssen fügen mussten, die einseitig an anderer Stelle gefasst sind".

Der folgende Parteitag in Jena im gleichen Jahre versuchte, sich über diese von den Gewerkschaften geschaffene Lage hinwegzusetzen. Das Diskussionsverbot teilte das Schicksal aller Diskussionsverbote, es brachte nur eine Belebung und Zuspitzung der damit zu verhindernden Diskussion. Doch blieben die Reden des Jenaer Parteitages wirkungslos. Man sprach über den Massenstreik theoretisch und grundsätzlich. Im Rahmen dieser „akademischen" Erörterung allerdings gingen die Meinungen und Vorstellungen weit auseinander.

Bebel ebenso wie Bernstein und v. Elm betonten den friedlichen Charakter des politischen Massenstreiks und fassten ihn hauptsächlich als ein Abwehrmittel gegen Angriffe auf das fundamentale Recht, ohne dessen Geltung die Sozialdemokratie nicht existieren konnte, das freie und gleiche allgemeine Wahlrecht, ins Auge. Legien ebenso wie Rosa Luxemburg vertraten die Überzeugung, dass zwischen dem politischen Massenstreik und einer sozialen Revolution nicht unterschieden werden kann. Aus dieser gleichen Einschätzung des Massenstreiks durch Rosa Luxemburg und Legien ergab sich für beide die entgegengesetzte praktische Konsequenz. Legien lehnte den Massenstreik aus dem gleichen Grunde ab, aus dem Rosa Luxemburg sich dafür einsetzte.

Parteiraison verlangte gebieterisch eine offizielle Stellungnahme des Parteitages. „Wenn diese Frage an allen Ecken und Enden angeschnitten wird" – sagte Bebel in seiner Rede in Jena – „gleichviel ob es nun in richtiger oder verkehrter Weise geschieht, muss jeder aufmerksame Mann, besonders aber jeder Führer einer Partei, der diesen Namen verdient, sich fragen, ob es nicht an der Zeit sei, dass die Partei den Vorschlag einmal diskutiert ... Nun hat der Gewerkschaftskongress in Köln geglaubt, den Massenstreik durch die Annahme der Resolution Bömmelburg abzutun. Man lehnte den Generalstreik, wie ihn die Anarchisten und die Anarchosozialisten wollen, ab und erklärte, wir wollen weiter keine Diskussionen".[1] v. Elm habe ihm aus der Seele gesprochen, sagte Bebel, als er eine energische Resolution anstelle dieser unklaren und widerspruchsvollen verlangte, eine Resolution, die den Einsatz der wirtschaftlichen Macht der organisierten Arbeiter im Falle eines Wahlrechtsraubes ankündigte. Die von Bebel dem Parteitag dann vorgeschlagene Resolution erklärte die „umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung" sei eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse (Wahlrechtsraub) abzuwehren, oder

[1] Protokoll des Jenaer Parteitages 1905, S. 299.

um sich ein für ihre Befreiung wichtiges Grundrecht zu erobern. Der Bebelsche Resolutionsvorschlag empfahl neben der Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation „die unausgesetzte Aufklärung der Massen durch die Parteipresse und die mündliche und schriftliche Agitation".[1]

Die Jenaer Resolution befriedigte die Anhänger des Massenstreiks aller Richtungen. Die orthodoxen Marxisten sahen mit Genugtuung eine neue Waffe dem Arsenal des Klassenkampfes eingereiht. Die Revisionisten betrachteten Bebels Referat als einen Sieg ihrer Bestrebungen.[2] Antiparlamentarier konstatierten zuversichtlich einen „Ruck nach links", ein erstes Inbetrachtziehen „direkter Aktion".

Der Widerspruch zwischen den Kölner Beschlüssen der Gewerkschaften und den Jenaer Beschlüssen der Sozialdemokratie musste auf irgend eine Weise überbrückt werden, sollte der Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft nicht zu unabsehbaren Zerwürfnissen führen. Zunächst versuchte man, in einer vertraulichen Besprechung des Parteivorstandes mit den Gewerkschaftsvorständen zu vermitteln. Bei diesen Besprechungen am 16. Februar 1906 einigte man sich auf sechs von Bebel vorgeschlagene Thesen, in denen ein politischer Streik in Preussen für aktuell undurchführbar erklärt wurde. Damit war der Standpunkt von Jena bereits verlassen.

Die Zeitung der deutschen Anarchosyndikalisten „Einigkeit" veröffentlichte Auszüge aus dem Protokoll dieser vertraulichen Besprechung. In der Folge dieser „plumpen" Enthüllung stritt man sich langwierig um den authentischen Wortlaut der Bebelschen Thesen. Im Vorwärts vom 27. Juni und 1. Juli dementierte der Parteivorstand die Fassung der ersten Februarthese Bebels, wie sie von der „Einigkeit" wiedergegeben worden war. Nach Bebel soll der Satz gelautet haben: „Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, *gegenwärtig* den politischen Massenstreik zu propagieren; sollte derselbe aber propagiert werden *müssen*, so wird sich der Parteivorstand mit der Generalkommsision ins Benehmen setzen." Nach dem Protokoll der Konferenz vom Februar 1906, das die Zentralvorstände der Gewerkschaften angefertigt hatten, lautete der Satz: „Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen".[3] Da es sich bei den Abmachungen der Februarkonferenz nur um die augenblickliche Situation gehandelt hatte, ist die Differenz unwesentlich; beide Fassungen enthalten den Wunsch: jetzt keinen

[1] K. Kautsky, Der politische Massenstreik, Berlin 1914, S. 125.
[2] Vgl. Bernstein auf dem Jenaer Parteitag, Protokoll des Jenaer Parteitages 1905, S. 275.
[3] Vorwärts, 1. Juli 1906.

Massenstreik! Diese Indiskretionen, Dementis, Richtigstellungen und Interpretationen hatten eine Atmosphäre der Nervosität geschaffen, die zu liquidieren die Aufgabe des Mannheimer Parteitages von 1906 geworden ist. Es gibt kaum eine zweite Resolution in der Geschichte der Sozialdemokratie, um deren Wortlaut so heiss gestritten wurde wie um den Wortlaut der Mannheimer Resolution, die den Friedensschluss zwischen Partei und Gewerkschaften formulierte. Die von Bebel formulierte Mannheimer Resolution bestätigte zunächst die Beschlüsse des Jenaer Parteitages. Ein Abänderungsvorschlag Legiens zur Resolution Bebels wünschte, dass der erste Passus gleicherweise die Kölner Gewerkschaftsresolution bestätigen solle, er solle lauten: „Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschluss zum politischen Massenstreik, der mit der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht". Schliesslich einigten sich Bebel und Legien auf folgendes Amendement: „Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschluss zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, dass der Beschluss des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluss, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt". Diese Fassung des ersten Passus ist schliesslich angenommen worden. Unter den 62 Stimmen, die gegen ihn stimmten, befanden sich u.a. v. Elm, Kautsky und Luxemburg.

Vergleicht man den Wortlaut, so stand die Kölner Gewerkschaftsresolution in scharfem Gegensatz zur Jenaer Resolution. In der Kölner Resolution hiess es: „Der Kongress ... hält alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich: er empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energisch entgegenzutreten. Den Generalstreik ... hält der Kongress für indiskutabel".

Noch umstrittener wurde der Wortlaut, als es sich um die Formulierung des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaft selbst handelte. Bebel schlug vor: „Die Gewerkschaften stehen an Wichtigkeit hinter der Sozialdemokratie nicht zurück". Kautsky machte folgenden Abänderungsvorschlag: „Sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei", für Einheitlichkeit des Handelns aber sei es unbedingt notwendig, dass die Gewerkschaften vom Geiste der Sozialdemokratie „beherrscht" werden: dies sei geboten „im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung selbst, denn die Sozialdemokratie ist die höchste und umfassendste Form des proletarischen Klassenkampfes und keine proletarische Organisation, keine proletarische Bewegung kann ihrer Aufgabe vollständig gerecht werden, die nicht vom Geiste der Sozialdemokratie erfüllt ist".

Um das anstössige „beherrscht" zu vermeiden, schlug Quarck vor, im Amendement Kautsky an dessen Stelle „erfüllt" zu setzen. Im Verlaufe der Debatte brachte Kautsky einen zweiten Abänderungsvorschlag ein. Wo es heisst, dass jeder Parteigenosse „sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder anderen öffentlichen Betätigung an die Parteitagsbeschlüsse gebunden zu fühlen" habe – sei einzufügen: „in dem Sinne, wie es Genosse Bömmelburg definiert hat": Am Ende wurde eine Resolution Bebel-Legien-Kautsky gegen nur 5 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten u.a. v. Elm und Hué.

Die zielbewussten Gewerkschaftsführer lehnten die Jenaer Resolution in Jena ab und billigten sie in der Form der Mannheimer Resolution in Mannheim.[1]

Die Presse hatte den Jenaer Massenstreikbeschluss nicht sehr ernst genommen. Zum Beispiel bezweifelte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, dass die Sozialdemokratie gewillt oder auch nur im Stande sei, ihre Massenstreikdrohung auszuführen: sie liebe es eben, „mit dem Gedanken des revolutionären Massenstreiks zu spielen, um den eigenen Reihen Mut zu machen und ihnen eine papierne Anweisung auf eine bessere Zukunft" zu geben. Die Frankfurter Zeitung sprach anlässlich des Mannheimer Parteitages von „grossen Worten", einem „Fiasko" und „leisem Rückzug".[2]

In Mannheim wurden in einem Atem die Kölner Beschlüsse, die Jenaer Beschlüsse, die Bebel'schen Februarthesen und die Mannheimer Resolutionen gebilligt. Scheinbar hatte sich also wieder nichts geändert. In Wirklichkeit wurde der Friede zwischen Partei und Gewerkschaft auf der Basis der Kölner Beschlüsse geschlossen und über die Kluft zwischen Jena und Köln eine Wortbrücke geschlagen. Da der Gegensatz zwischen den Kölner Beschlüssen und den Reden von Jena keine praktische Bedeutung erlangte, fiel es nicht schwer, das Unvereinbare im Reich der Worte doch zu vereinbaren.

Auf dem Mannheimer Parteitag wurde zum ersten Mal den Gewerkschaften die Entscheidung in kritischen Situationen, die den Einsatz der ganzen Kampfkraft der Bewegung erforderten, von der Partei formell zugebilligt.

In der endgültigen Fassung der Mannheimer Resolution fehlte die ausdrückliche Verpflichtung der Gewerkschaftler auf die Parteitagsbeschlüsse ebenso wie die Begründung dieser Verpflichtung mit der Charakterisierung der Sozialdemokratie als der „höchsten und umfassendsten Form des proletarischen Klassenkampfes". Kautsky

1 Protokoll des Mannheimer Parteitages, S. 271.

2 Frankfurter Zeitung vom 5.7.1906.

begründete die Zurücknahme der letzten beiden Punkte damit, dass die Diskussion gezeigt habe, diese Grundsätze seien für alle selbstverständlich und Rücksichten technischer Zweckmässigkeit verböten es, sie formell zum Beschluss zu erheben. Er hielt diese Beurteilung auch in seiner 1914 erschienenen Schrift über den politischen Massenstreik aufrecht.[1]

1893 hatte der Parteivorstand die Bedeutung der gewerkschaftlichen Zentralisation und die Bildung einer zweiten Zentralinstanz in der Arbeiterbewegung offiziell ignoriert. Um 1900 hatte er die Neutralisation der Gewerkschaften als eine niemals geleugnete taktische und juristische Notwendigkeit interpretiert. Jetzt, 1906, erklärte der Parteitag, die Einräumung eines Vetorechtes der Generalkommission für alle Massenstreikaktionen ändere am Verhältnis von Partei und Gewerkschaft grundsätzlich nichts. Dass man den Anspruch der Gewerkschaften auf Selbständigkeit und Unabhängigkeit einmal als „Grössenwahn" abgetan hatte, woran Legien in einem Begrüssungsartikel zum Kölner Gewerkschafskongress erinnert hat, war vergessen.

In der Ideologie hielt der orthodoxe Marxismus an der alten Vorstellung vom Vorrang der Partei fest. Bebel hat 1905 wie um die Jahrhundertwende die Neutralität der Gewerkschaften nur in dem formellen, von niemandem bestrittenen Sinne interpretiert. Er sagte auf dem Parteitag von Jena: „Ich habe niemals die Neutralität der Gewerkschaften in politischen Fragen vertreten, sondern nur gesagt, dass die Gewerkschaften sich nicht als Anhängsel einer politischen Partei betrachten dürfen, weil sie genötigt sind, alle Arbeiter in ihre Mitte aufzunehmen, und diese Aufnahme nicht von einem politischen Glaubensbekenntnis abhänging machen dürfen".[2] Kautsky interpretierte noch 1914 die Annahme seines Amendements in Mannheim als eine Ablehnung der gewerkschaftlichen Neutralität.

Die sinkende Nachfrage nach Arbeitskräften in den Krisenjahren 1900 und 1901 hatte einen Rückgang der Streiks zur Folge.

Nach der Gewerkschaftsstatistik waren an Streiks beteiligt:

1900	115.711	Arbeiter
1901	48.522	–
1902	55.713	–

[1] Karl Kautsky, Der politische Massenstreik, Berlin 1914, S. 186 f.

[2] Protokoll des Jenaer Parteitages 1905, S. 313.

Nach Angaben des Kaiserlichen Statistischen Amtes war der Rückgang der an Streiks Beteiligten folgender:

1900: 122.803 1901: 55.262, 1902: 53.912.

In den Jahren 1901 bis 1903 überwogen die Abwehrkämpfe und die Aussperrungen. Der Prozentsatz der erfolglosen Arbeitskämpfe war 1902 am grössten. Die Aussperrungen endeten fast immer mit einem Sieg der Unternehmer, so die Aussperrung von 7.000 Metallarbeitern in Berlin und die Aussperrung von 4.200 Metallarbeitern in Iserlohn. Der Versuch der Kupferschmiede in Hamburg-Altona, die anlässlich der Feier des ersten Mai die Arbeit niedergelegt hatten, die daraufhin erfolgenden Strafaussperrungen mit einem Streik zu beantworten, schlug fehl. Im August wurden Glasarbeiter ausgesperrt, weil sie es ablehnten, auf gewerkschaftliche Organisation zu verzichten. Als im Folgejahr der Glasarbeiterverband den Generalstreik aller Glasarbeiter erklärte, antworteten die Unternehmer mit Exmittierungen. An dem Streik nahmen 3.885 Arbeiter teil. Die Generalkommission hatte zur Vorsicht gemahnt. Der Streik endete nach acht Wochen – zum Teil wegen nicht ausreichender Mittel zur Finanzierung des Streiks – resultatlos.

Die Krise 1900–1901 war Anstoss zu einer Verstraffung des Streikreglements. Die Mitglieder wurden mehr als früher ausgeschlossen von der Aktionsentscheidung, die Zentralisation verstärkt. In einigen Orten, vor allem in Berlin, traten im Zusammenhang mit innergewerkschaftlichen Verfassungskämpfen zahlreiche Mitglieder der Zentralverbände zu den Lokalisten über.[1]

Eine weitere Folge der rückläufigen Arbeitsmarkttendenz war ein Rückgang der Mitgliederzahl:

1900: 680.427 Mitglieder, 1901: 477.510 Mitglieder. Der Rückgang war durch Einführung gewerkschaftlicher Arbeitslosenunterstützung modifiziert und ist als die überhaupt erste Unterbrechung der kontinuierlichen Mitgliederzunahme symptomatisch. Zum ersten Mal seit 1894 stagnierte die Gewerkschaftsbewegung. Die Organisationen suchten nach den Erfahrungen der 1900-Krise sich gegen künftige Rückschläge durch den weiteren Ausbau der gewerkschaftlichen Unterstützungsleistungen zu sichern.

So führten zum Beispiel der Fabrikarbeiterverband, die Maler, die Steinarbeiter und die Vergolder 1902, die Lederarbeiter 1903, die Arbeitslosenunterstützung erstmalig in ihren Verbänden ein. Die gewerkschaftlichen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung betrugen

[1] 3,9% der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder der sozialdemokratischen Partei in Gross-Berlin waren im Jahre 1906 in Lokalverbänden organisiert, die von der Generalkommission unabhängig waren. Vgl. Neue Zeit Jg. XXVI, 1908, S. 450.

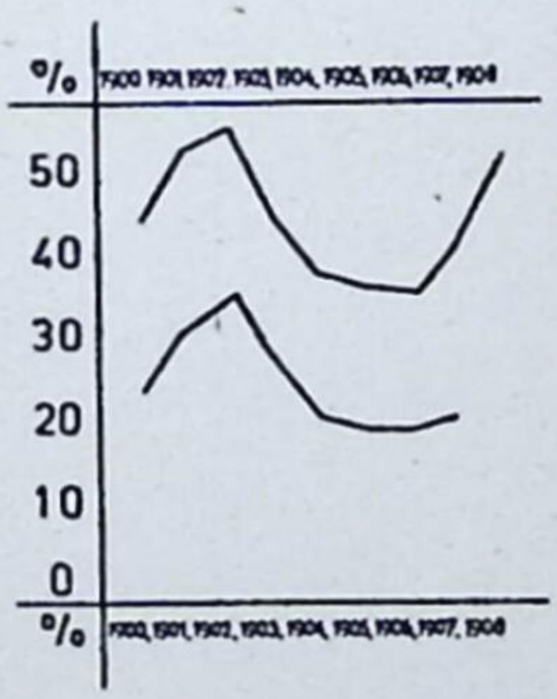
1900: 6,2%, 1902: 15,9% der Gesamtausgaben. In den gleichen Jahren gingen die Ausgaben für Streikunterstützung von 32,4% (1900) auf 19,4% (1902) zurück.

Auf eine Rundfrage des Vereins für Sozialpolitik kamen von den Buchbindern, den Maurern und den Handelsarbeitern Berichte über Tarifbrüche seitens der Unternehmer, von den Steinarbeitern, z.B. in Berlin, Berichte über vorzeitige Kündigungen von Tarifen. Die konjunkturelle Zunahme der Arbeitslosigkeit machte es unmöglich, solchen Tarifbrüchen und Kündigungen mit Abwehrstreiks zu begegnen.

Im Winter 1902–'03 ging das Geschäft wieder flott. Die Zahl der Lohnkämpfe nahm rapide zu. 1906 waren drei Fünftel aller Lohnkämpfe Angriffsstreiks. Der Prozentsatz der Streikniederlagen ging zurück (s. Figur 1).

Jahr	Angriffs-streiks	Beteiligt	Abwehr-streiks	Beteiligt
1900	541	86 786	292	14 295
1901	291	22 761	441	17 301
1902	289	32 659	516	16 267
1903	603	53 763	597	22 067
1904	886	81 427	627	23 128
1905	1261	333 238	809	30 679
1906	2045	183 756	1014	38 930
1907	1635	142 944	834	33 348 [1]

FIGUR 1



Zwei grosse Arbeitskämpfe sind für die Zeit des erneuten Aufschwunges charakteristisch.

Nachdem Verhandlungen der Textilarbeiter in Crimmitschau

[1] Correspondenzblatt, 1914, Statistische Beilagen, S. 283. Das Kaiserliche Statistische Amt gibt für 1905 408.000 Streikteilnehmer an, und für 1906 272.000. Statistik des Deutschen Reiches, Band 279.

(Sachsen) über den Zehnstundentag gescheitert waren, traten die Arbeiter im August 1903 in den Streik. Der Streik sollte zu einer Kraftprobe werden. Der Verband der Arbeitgeber der sächsischen Textilindustrie erhöhte die Verbandsbeiträge auf das Dreifache, um seinen Kampf mit den Textilarbeitern zu finanzieren. Schliesslich kam auch der Zentralverband deutscher Industrieller zu Hilfe. Es gelang nur durch diese vereinten Anstrengungen, die völlige Niederlage der Unternehmer zu verhindern. Und es war dieser Textilstreik in Crimmitschau, der die Unternehmer geneigter denn je für einen Zusammenschluss machte. Nahezu die Hälfte aller Reichsverbände der Arbeitgeber sind in den Jahren unmittelbar nach dem Crimmitschauer Streik gegründet worden.

Gegenüber dem besser organisierten Unternehmertum wurden Gewerkschaftskämpfe immer riskanter. Das zeigte zum Beispiel der grosse Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet 1905. Der Streik begann lokal auf den einzelnen Zechen. Sympathiestreiks folgten. In wenigen Wochen waren 220.000 Arbeiter im Ausstand. Der Kampf dauerte vom 7. Januar bis zum 15. Februar und musste trotz der Solidaritätsaktionen, die er auslöste, und trotz der Sympathie, die er ebenso wie der Crimmitschauer Streik in der öffentlichen Meinung fand, erfolglos abgebrochen werden. Mehrere Millionen Mark waren durch Sammlungen aufgebracht worden, aber die Organisation erwies sich als zu schwach. Dieser Streik war Anstoss zu der Berggesetznovelle, die einige Konzessionen an die Arbeiter enthielt. Mit Ausnahme der Konservativen stimmten alle Parteien im Reichstag für gesetzliche Regelung der Löhne und der Arbeitszeit, für Wählbarkeit der Grubenkontrolleure und für die Errichtung von Arbeiterausschüssen, zur Erörterung von Beschwerden und Missständen, Regelung des Strafgeldwesens und zur Mitverwaltung der Unterstützungskassen." Die Reichsregierung legte aber keine Gesetzesvorlage vor, obgleich im Reichstag eine Mehrheit für die Berggesetznovelle bestand. Der preussische Landtag nahm dann ein der Novelle nicht entsprechendes Gesetz an.

Das Schicksal der Berggesetznovelle zeigte die Ohnmacht der parlamentarischen Aktion im wilhelminischen Reichstag mit dem preussischen Dreiklassensystem zur Seite. Es blieb – wie es im Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag 1905 heisst – beim blossen „Schein der Arbeiterfreundlichkeit". Eine Reform des Wahlrechts in Preussen wurde immer dringlicher zu einer Lebensfrage für die parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie. Überdies drohten Wahlrechtsverschlechterungen. Die aktiveren Elemente in der Sozialdemokratie hielten Umschau nach ausserparlamentarischen Mitteln. Die Gewerk-

schaftsvorstände lehnten es angesichts der wachsenden Schwierigkeiten der alltäglichen Lohnkämpfe kategorisch ab, den Wahlrechtskampf durch Massenstreiks zu aktivieren. Die Gegenüberstellung des Crimmitschauer Streiks von 1903 und des Bergarbeiterstreiks von 1905 zeigt, dass die Entwicklung von Koalition und Gegenkoalition im Wirtschaftskampf an einem Wendepunkt angekommen war. Die Auswirkungen dieser veränderten Lage, der sich die Gewerkschaften gegenübersahen, werden erst in den Folgejahren voll sichtbar. Für den Augenblick konnte man noch auf genug Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und auf den stetigen Ausbau der Organisation hinweisen.

In der 1910 von der Generalkommission herausgegebenen Broschüre „Sisyphusarbeit oder positive Erfolge?" sind für das Jahrzehnt 1895-1905 die Ergebnisse der Lohn- und Arbeitsstatistik aller grösseren Verbände zusammengestellt.

Einige Beispiele:

Löhne und Arbeitszeit der Zimmerer

Verteilung der Tagelohnklassen auf die Mitglieder des Zimmererverbandes in Prozenten.

Jahr	unter 3 Mk	über 3 Mk	über 4 Mk	über 5 Mk	über 6 Mk	über 7 Mk
1902	0,59	17,18	38,5	34,33	9,4	—
1908	—	1,43	16,27	56,65	17,46	8,19

Verteilung der Zeitklassen auf die Mitglieder in Prozenten

Jahr	Länger als 10 Stunden	10 Stunden	Kürzer als 10 Stunden
1902	9,56	48,7	41,74
1908	—	43,89	56,11

Stundenlöhne der Steinsetzer im Durchschnitt

	1901	1903	1908
Steinsetzer	56,5 Pf.	58,5 Pf.	61,1 Pf.
Rammer	44,5 „	46,7 „	55,4 „

Arbeitszeit der Steinsetzer für 117 Lohngebiete

Jahr	9 Stunden	$9\frac{1}{2}$–$10\frac{1}{2}$ Stunden	11 Stunden und mehr
1902	821	2466	177
1908	1602	2743	54

Prozentuale Steigerung des Durchschnittswochenlohns der Holzarbeiter:

1893	1897	1902	1906
100	106,8	116,6	134,7

Durchschnittsarbeitszeit in der Holzindustrie (Wochenstunden):

1902: 58,3 1906: 57,0

Der Fabrikarbeiterverband (Ungelernte) gab als Durchschnittslöhne und Durchschnittsarbeitszeiten seiner Mitglieder für Gross-Berlin folgende Zahlen an:

1898	20,69 Mk Wochenlohn	10,21 Tagesstunden
1907	25,81 „	„ 9,38 „

Bei der Steigerung des Nominallohnes handelte es sich zu einem grossen Teil um eine Angleichung an die gestiegenen Lebensmittelpreise. Nach kurzer Stagnation im Krisenjahr nahm in dem Jahrfünft 1903-1907 die Mitgliederzahl der Gewerkschaften auf mehr als das Doppelte zu, das heisst in dem gleichen Tempo wie in dem Jahrfünft 1895-1900. 1903: 887.689, 1907: 1.865.506 (1896 waren es 329.230, 1900: 680.427). Der Vermögensstand der Verbände verdreifachte sich in dem gleichen Zeitabschnitt. 1903 hatten 63 Verbände 12.973.726 Mk., 1907: 61 Verbände 33.242.545 Mk. (die entsprechenden Zahlen für 1896 sind: 49 Verbände mit 2.323.678 Mk. und für 1900: 58 Verbände mit 7.745.902 Mk.).

Den praktisch-reformistischen Appetiten der wachsenden Gewerkschaftsbewegung stand die parlamentarische Ohnmacht der Sozialdemokratie gegenüber. Die Revisionisten als die Sprecher des neuen Gewerkschaftsreformismus waren zugleich weit mehr als die orthodoxen Marxisten von der Richtigkeit der parlamentarischen Aktion überzeugt, und deshalb musste der Wahlrechtskampf für sie um so grössere Bedeutung haben. Das erklärt ihr auf den ersten Blick paradoxes Interesse für den politischen Massenstreik. Das Ketzergericht des Parteitages in Dresden 1903, das dem orthodoxen Marxismus zu einem Scheinsiege über die Revisionisten verholfen hatte, schien auch die neuen Prosperitätsideologien, die Verabsolutierung der Gewerkschaftserfolge, endgültig verurteilt zu haben. Aber in der Auseinandersetzung zwischen Partei und Gewerkschaft über die Frage des Massenstreiks wurde die latente institutionelle Struktur, die aller Arbeiterbewegung in Industriegesellschaften zugrunde liegt, manifest. Der Beschluss, der der strukturellen Wandlung, dem Übergang der deut-

schen Sozialdemokratie zum englischen Modell, Anerkennung verschaffte, war in seinem Inhalt negativ: der Kölner Gewerkschaftskongress von 1905 legte formell fest, wer bei der Beschlussfassung über die Aktion der Gesamtbewegung den Ausschlag zu geben hat, es wurde aber beschlossen, dass es zur Aktion – wenn es sich irgend vermeiden liesse – gar nicht kommen sollte; der Mannheimer Parteitag nahm die Kölner Beschlüsse zur Kenntnis und passte ihnen die Linie der Partei an.

IV. BÜROKRATISIERUNG

Im Herbst 1907 hatte der amerikanische Kupfer- und Bankkrach die internationale Wirtschaftskrise eingeleitet. Konkurse, Arbeitslosigkeit, Rückgang der Bautätigkeit gaben dem Jahr 1908 seinen Charakter. 1909 ist die Krise überwunden.

Der Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen und insbesondere ihres Unterstützungswesens (besonders wichtig war die Arbeitslosenunterstützung) hat nicht ausgereicht, die Gewerkschaften krisenfest zu machen.

Jahr	Angriffs-streiks	Beteiligt	Abwehr-streiks	Beteiligt
1907	1635	142 944	834	33 348
1908	678	30 187	1117	36 120
1909	832	54 030	1007	42 720
1910	1385	110 613	859	32 500
1911	1705	169 657	1002	42 239
1912	1543	352 190	926	45 400
1913	1307	140 615	866	36 979 [1]

Die Angriffsstreiks erreichten 1908 ein Minimum, die Abwehrstreiks ein Maximum. Die Korrelation von Streikerfolgen und industriellem Zyklus kann durch die Gegenüberstellung der Verhältniszahlen der (ganz und teilweise) erfolgreichen Streiks mit den Verhältniszahlen der erfolglosen Streiks anschaulich gemacht werden (s. Figur 2):

[1] Correspondenzblatt, 1914, Statistische Beilagen, S. 283, Das Kaiserliche Statistische Amt gibt folgende Daten: (Streikende in Tausenden)

1907	1908	1909	1910	1911	1912
192	68	96	155	217	406

Statistik des Deutschen Reiches, Band 279.

FIGUR 2

Ganz und teilweise erfolgreiche Streiks: ——————
Erfolglose Streiks: – – – – –

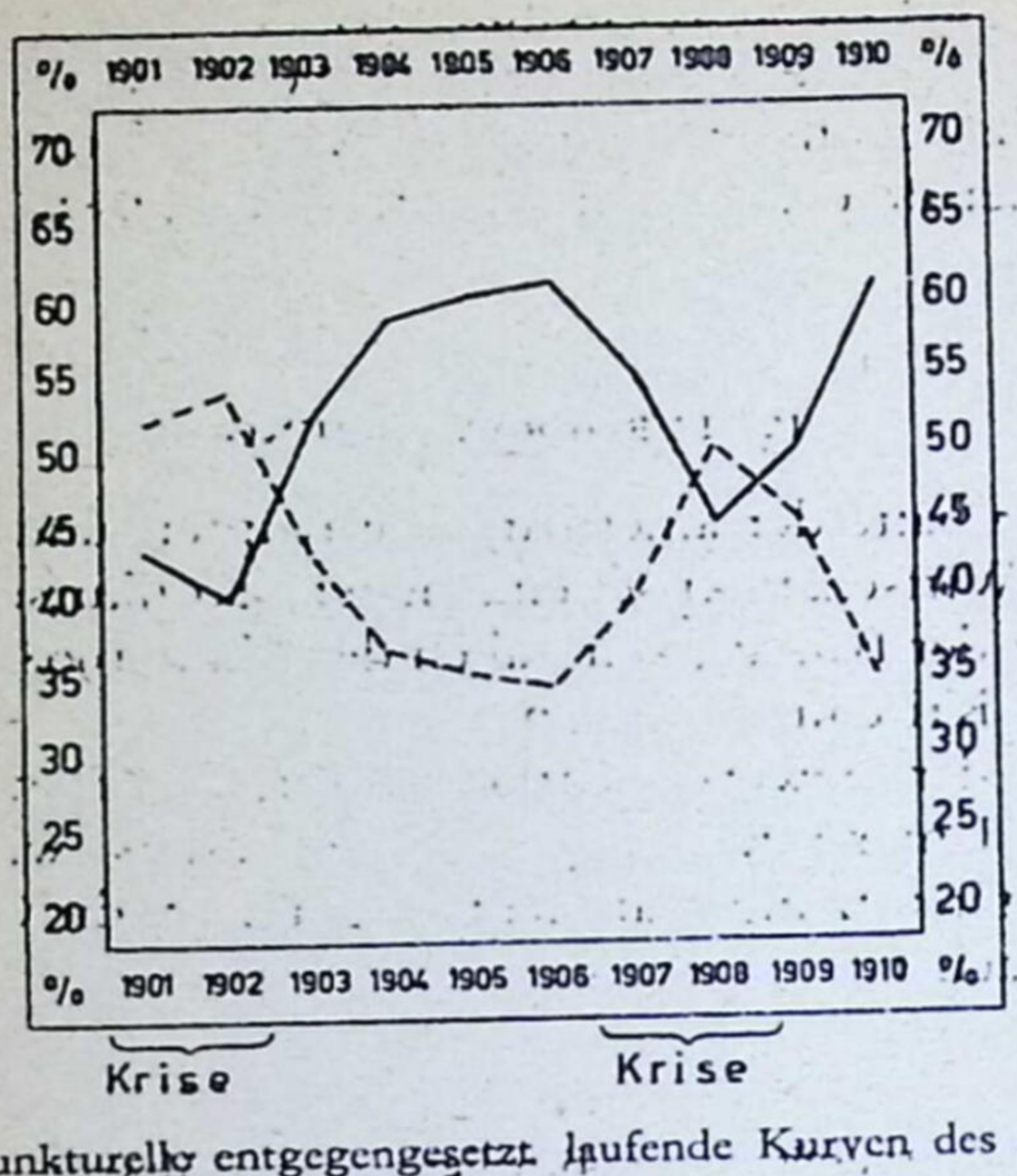


Diagramm: Konjunkturell entgegengesetzt laufende Kurven des Anteils der erfolgreichen und der erfolglosen Streiks an der Gesamtzahl.

Noch deutlicher als bei den Streiks sind die Krisenwirkungen bei den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung. Es waren beteiligt:

	an Angriffsbewegungen	*an Abwehrbewegungen*
1907	507.000	17.000
1909	288.000	60.000

Der Prozentsatz der erfolgreichen Angriffsbewegungen sank

von 1907: 77,8
auf 1908: 54,2

Die Zahl der an erfolgreichen Bewegungen Beteiligten sank

von 1907: 90,9%
auf 1908: 30,6% [1]

Entsprechend brachten die Jahre 1908-1909 die zweite Zäsur in der kontinuierlichen Mitgliederzunahme (Rückgang um 33.757). Der

[1] Correspondenzblatt 1912, Statistische Beilagen, S. 245.

Rückgang wird erst 1910 aufgeholt und überholt. Dennoch wurde der Vermögensstand von der Verminderung der Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen (um 2.852.388 Mk.) nicht berührt. Das Vermögen der 61 Verbände wuchs trotz der Krise – wie übrigens auch 1901 – und zwar von 33,2 Millionen Mark auf 40,8. Die Ausgaben verminderten sich im Jahre 1908 gegenüber 1907 um mehr als eine Million Mark.

Das Krisenjahr 1908-1909 führte zum ersten Mal in Deutschland zu einer Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Kommunalbehörden. Die Gewerkschaften suchten die Gemeinden zu statistischen Erhebungen über die Arbeitslosigkeit zu veranlassen. Bisweilen konnte man sich über die Voraussetzungen einer solchen Zusammenarbeit nicht einigen. So in Berlin und Stettin. In vielen Orten aber fand man eine für beide Seiten akzeptable Form. Diese in der deutschen Geschichte erste Zusammenarbeit von Behörden und Arbeiterorganisationen schloss die formale Anerkennung der Gewerkschaften als „nützlicher und notwendiger sozialer Einrichtungen" ein. In Nürnberg führte sie zur Bildung eines paritätischen Verwaltungsausschusses der Städtischen Unterstützungskasse für Arbeitslose. Zwei Vertreter wurden von der Stadtverwaltung gestellt, zwei von den Gewerkschaften und einer von der Städtischen Arbeitslosenversicherung.

Die der Krise folgende Konjunkturperiode wurde bestimmt durch die Unternehmeroffensive. Von zwei Seiten erfolgte der Angriff. Erstens wurde auf Basis der vorgeschrittenen Kartellierung und der durch den Zolltarif von 1902 eingeleiteten Erhöhung der Schutzzölle das Preisniveau in die Höhe getrieben und der Reallohn bedroht. Zweitens gingen die seit dem Crimmitschauer Streik von 1903 forcierten Gegenkoalitionen der Unternehmer zu gross angelegten Frontalangriffen auf die Gewerkschaften über, wobei ihnen die gewerkschaftsfeindliche Praxis der Gerichte sekundierte.

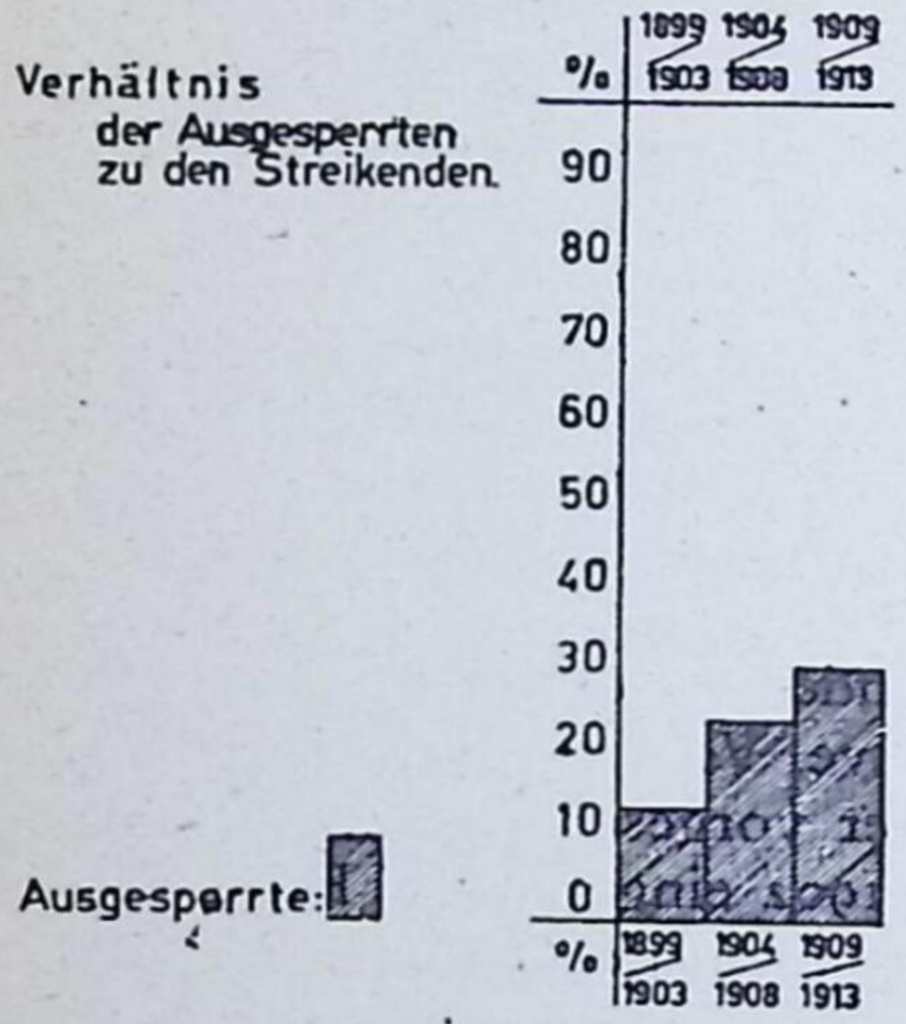
Die Kartelle haben es ermöglicht, den Inlandspreis auf den vollen Betrag von Weltmarktpreis plus Zoll zu steigern.[1] Die amtliche Preisstatistik Preussens zeigt eine enorme Steigerung gerade bei Massenkonsumartikeln wie Fleisch, Erbsen, Butter und Kartoffeln. Entsprechend stiegen die Haushaltskosten. 1906 bis 1912 lag der Jahresdurchschnitt der Haushaltskosten 27 Prozent über dem Jahresdurchschnitt von 1896 bis 1900. 1912 war das teuerste Jahr dieses ganzen Zeitabschnittes.[2] Dies war die eine Seite. Die andere Seite – die zu-

[1] Vgl. Lujo Brentano, Ist das System Brentano zusammengebrochen? Berlin 1918.

[2] Nach einer Berechnung in Tyszka, Die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 1914, S. 259 ff.

nehmende Aktivität der Arbeitgeberverbände, der Streikversicherungskassen von Unternehmern, kurz, die Gegenorganisation des Unternehmertums, die sich auf der Basis der kartellierten Industrie erhob, war nicht minder bedrohlich für die gewerkschaftliche Aktion. Bis zum Ausbruch des Krieges 1914 nahm die Zahl der Aussperrungen zu. Die Aussperrungen erreichten im Jahre 1906 und im Jahre 1910 ein Maximum. 1910 war fast ein Drittel aller Wirtschaftskämpfe Aussperrungen von Seiten der Unternehmer. Die Unternehmer bestimmten gemäss der Geschäftslage Zeit, Ort und Umfang der Arbeitskämpfe mehr und mehr selbst und nahmen den Gewerkschaften die Initiative aus der Hand.

FIGUR 3



Die Formerstreiks des Frühjahres 1906 zeigten das typische Bild der neuen Situation: einzelne und erfolgreiche Lohnkämpfe stehen plötzlich an der Schwelle einer Generalaussperrung durch das organisierte Unternehmertum. Angesichts der drohenden Aussperrung zogen die Arbeiter ihre Hauptforderungen zurück: Mindestlöhne und Anerkennung der Gewerkschaft als Verhandlungspartner. Mehr als jedes andere Ereignis hat der grosse Streik in Schweden 1909 die neue Situation in ihrer ganzen Bedeutung in das Bewusstsein der Gewerkschaftler aller europäischen Länder gerückt. Einem Proteststreik gegen Massregelungen in der Porzellanfabrik Gothenburgs, der sich ausbreitete und schliesslich Lohnfragen aufwarf, begegnete das Unternehmertum mit einem Ultimatum. Für den Fall einer Ablehnung war eine wohlorganisierte Aussperrung angekündigt, die nach und nach

verschiedene Industriezweige einbeziehen sollte. Die Arbeiter proklamierten daraufhin Anfang August einen gut organisierten Massenstreik. Trotz Ausdauer, Disziplin, gefüllter Gewerkschaftskasse und der Solidarität der europäischen Arbeiter endete der Kampf mit einer Niederlage. Viele Arbeiter kehrten der Organisation enttäuscht den Rücken; die Verbände verloren fast die Hälfte ihrer Mitglieder.

Noch immer war der berüchtigte Paragraph 153 der Gewerbeordnung, der für Vergehen in wirtschaftlichen Kämpfen höhere Strafen als das Strafgesetzbuch vorsah, in Geltung. Vergeblich protestierte der Gewerkschaftskongress von 1911 gegen seinen Fortbestand. Der Schutz des Paragraphen 193 des Strafgesetzbuches, welcher Straffreiheit oder Strafmilderung bei „Äusserungen zur Wahrnehmung berechtigter Interessen" vorsah, fand niemals Anwendung, wenn es sich um angeklagte Streikende oder um gewerkschaftlich organisierte Arbeiter handelte. Zwar hatte der Paragraph 152 der Gewerbeordnung „alle Verbote und Strafbestimmungen wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen insbesondere mittels Einstellung der Arbeit" aufgehoben. Aber um den Paragraphen 152 zu umgehen, drohte man den Gewerkschaften damit, sie als politische Vereine zu erklären und so nach dem bestehenden Vereinsrecht ihre Verbindung untereinander zu verbieten. Ein Gutachten aus dem Jahre 1913 bezeichnete es bereits als Politisierung, dass sich die Holzarbeiter für die Einführung von Schutzgesetzen zur Bekämpfung der Milzbrandinfektion, einer Forderung der Bürstenmacher, interessierten. In manchen Punkten übertraf der Vorentwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch von 1911 die berüchtigte „Zuchthausvorlage" von 1899 (s. S. 23).

Er schloss die Eisenbahner, die Post-, Telegraphen-, Elektrizitäts- und Gasarbeiter vom Koalitionsrecht aus und erklärte die blosse Androhung eines Streiks für strafbar, womit jedes Verhandeln mit dem Unternehmer vor einer Arbeitseinstellung gesetzwidrig wurde. Bis 1914 hat es nur eine einzige Verbesserung der Rechtsgrundlagen der Gewerkschaftspraxis gegeben. Das Vereinsgesetz von 1908 beseitigte die landesrechtlichen Bestimmungen bezüglich des In-Verbindung-Tretens von politischen Vereinen.[1]

Während die Gegner der Gewerkschaften das Gespenst einer drohenden „gewerkschaftlichen Schreckensherrschaft" an die Wand malten und von „Rentenhysterie" redeten, befanden sich die Gewerkschaften in Wirklichkeit gegenüber der Unternehmeroffensive und den Einschränkungen des geltenden Koalitionsrechtes in einer Zwangslage: auf partielle Streiks wurde mit Generalaussperrungen geant-

[1] Vgl. über Arbeitswilligenschutz und Unternehmerterror das Referat Alexander Schlickes auf dem Münchener Gewerkschafts-Kongress 1914.

wurden die nominellen Lohnaufbesserungen durch die Verteuerung der Lebenshaltung wieder in Frage gestellt. Die wachsende Unzufriedenheit der Mitgliedermassen aber drängte auf Kämpfe und hielt sich nicht immer an den Buchstaben des Gesetzes und des gewerkschaftlichen Streikreglements.

Aus der Zwangslage wird die gesteigerte Empfindlichkeit verständlich, mit der die Gewerkschaftsvorstände sich gegen das nicht neue Schlagwort von der gewerkschaftlichen „Sisyphusarbeit" zur Wehr setzten, und aus der gleichen Lage entsprangen Konflikte zwischen Mitgliedschaft und Bürokratie und die Debatten über das Massen-Führerproblem. Allen Skeptikern gegenüber hatten die Gewerkschaftler immer darauf hingewiesen, dass erst einmal die Organisationen aufgebaut und ausgebaut werden müssten. Nun war ein Jahrzehnt eines beispiellosen Aufstieges der gewerkschaftlichen Organisation abgelaufen, und noch immer beharrte man auf dem Argument: zum Ausbau unserer Organisation brauchen wir vor allem Ruhe.

Die Gewerkschaften zählten 1913 zehnmal soviel Mitglieder wie 1895, und die Zunahme der bezahlten Gewerkschaftsfunktionäre war stärker als die Zunahme der Mitgliederzahl. Die Zahl der Gewerkschaftsangestellten wuchs in einem Jahrzehnt mehr als fünfmal so schnell wie die Mitgliederzahl.

1902: 111 Angestellte auf 733.206 Mitglieder
1912: 1937 „ „ 2553.162 „ [1]

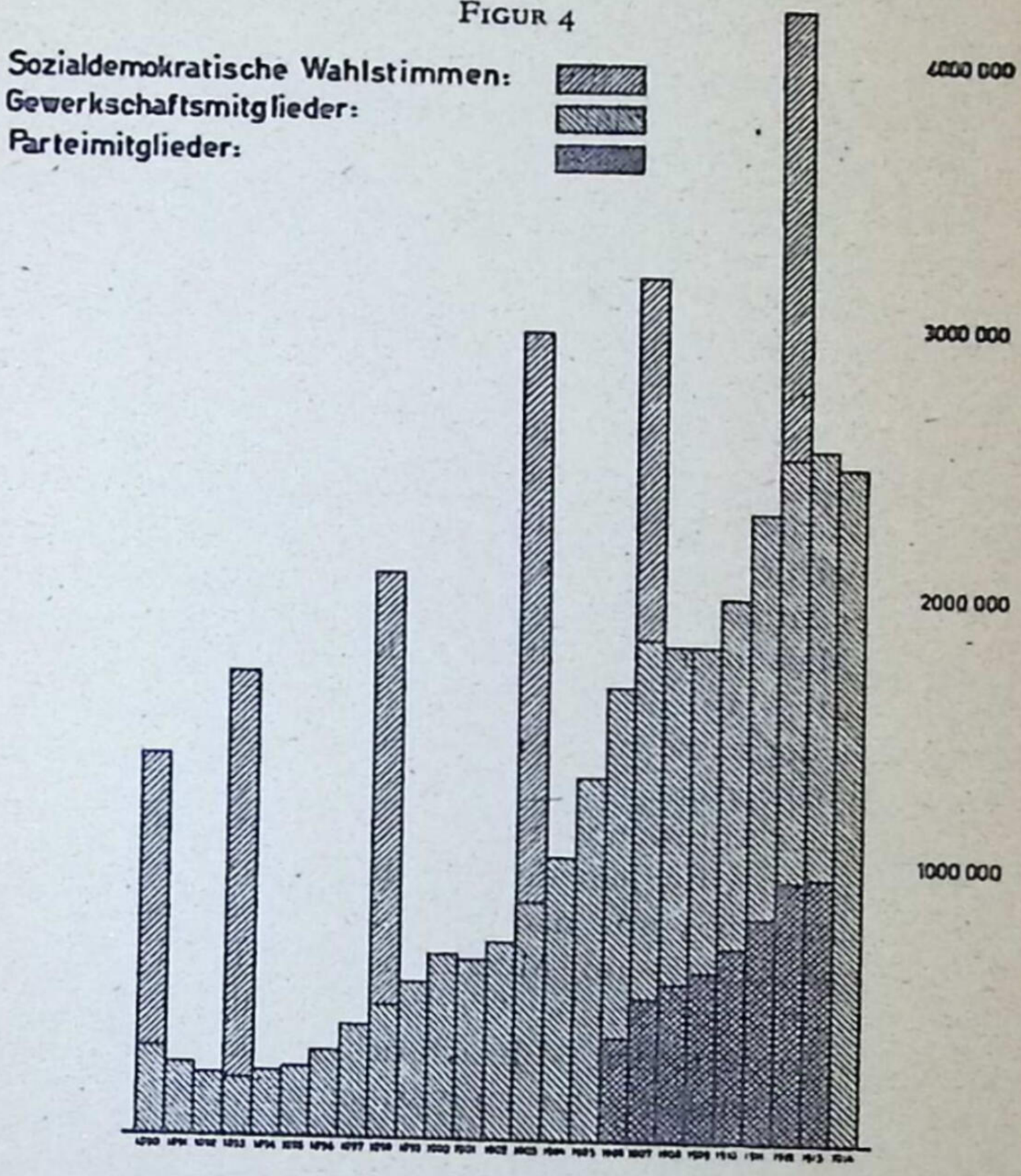
Für den Zeitabschnitt nach 1906 liegen auch Vergleichszahlen für die Mitgliederbewegung der Partei vor.

Jahr	Parteimitglieder	Gewerkschaftsmitglieder	%
1906	384 327	1 689 785	23
1907	530 466	1 865 506	28
1908	587 336	1 831 731	32
1909	633 309	1 832 667	34
1910	720 038	2 017 298	36
1911	836 562	2 339 785	35
1912	970 112	2 553 162	38
1913	982 850	2 573 718	38 [2]

[1] Vgl. die Angaben des „Unterstützungsvereins der in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung tätigen Beamten".
[2] August Mai, Partei und Gewerkschaft in vergleichender Statistik, Dresden 1912, S. 15. Für die Zeit zwischen 1878 bis 1906 fehlt eine zusammenfassende Parteistatistik. Vgl. W. Schröder, Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland, Dresden 1912.

Die Parteimitgliedschaft wächst relativ schneller. Sie nimmt auch im Krisenjahr 1908 zu, während die Gewerkschaft in diesem Jahr Verluste hat. Ein Vergleich der sozialdemokratischen Wahlziffern mit den Mitgliedsziffern der freien Gewerkschaften zeigt eine Gewichtsverschiebung zugunsten der freien Gewerkschaften. 1890 war die Mitgliedschaft der freien Gewerkschaften ungefähr ein Fünftel der

FIGUR 4



sozialdemokratischen Wahlstimmen des gleichen Jahres. 1893 ist die Spanne zwischen beiden Ziffern infolge der Depression grösser; die Gewerkschaftsmitgliedschaft beträgt nur ein Achtel der sozialdemokratischen Wahlstimmen. 1898 nach vier Jahren der Prosperität ist die Mitgliedschaft der Gewerkschaft bereits ein Viertel aller Wahlstimmen. Sie wächst nun kontinuierlich bis 1912. 1903 ist sie fast ein Drittel, 1907 schon mehr als die Hälfte und 1912 weit mehr als die Hälfte, fast schon zwei Drittel der sozialdemokratischen Wahlstimmen.

Nach einer Berechnung auf Grund von Wahlstatistik und Sozialstatistik müssen in den Jahren 1893 und 1898 [1] je über ein Viertel der sozialdemokratischen Stimmen aus nichtproletarischen Wählerkreisen stammen. Die Wahlen am 16. Juni 1903 brachten der Sozialdemokratie fast ein Drittel aller gültigen Stimmen. In Sachsen entfielen auf die Sozialdemokratie 58,8% aller abgegebenen Stimmen, in Hamburg 62,2%, in Berlin 66,8%, in Altona sogar 70,1%. Es ist offenbar, dass dies mehr Wahlstimmen sind, als Arbeiter unter den Wählern angenommen werden können. Selbst wenn alle Arbeiter sozialdemokratisch gewählt hätten, müsste die Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft sozial heterogen gewesen sein. Nach der zitierten Berechnung kamen auf drei Millionen Stimmen des Jahres 1903 ein Minimum bürgerlicher Stimmen von 560.000 und ein Maximum möglicher Arbeiterstimmen von 2.440.000, und es ist wahrscheinlich, dass der Anteil bürgerlicher Stimmen tatsächlich weit über diesem Minimum gelegen hat.

1913 war die Konjunktur zum ersten Mal seit 1907 wieder rückläufig. Im Dezember 1913 war die gewerkschaftliche Arbeitslosigkeit grösser als im Dezember 1908 (3,8% der Mitglieder). Die Mitgliederzahlen gingen zurück, diesmal nicht nur bei den Gewerkschaften, sondern auch bei der Partei. In beiden Organisationen machte die Anspannung der Situation sich bemerkbar. Auf dem Jenaer Parteitag 1913 lebte die Massenstreikdebatte wieder auf. Der Münchner Gewerkschaftskongress 1914 war von der Debatte über den Konflikt zwischen Mitgliedermasse und Gewerkschaftsbürokratie im Metallarbeiterverband beherrscht.

Schon oft hatte der Abbruch von Streiks auf Anordnung der Gewerkschaftsinstanzen den Unwillen der Mitgliedermassen hervorgerufen, so in Crimmitschau 1903 und nach dem Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet 1905. 1908 kam es im Metallarbeiterverband anlässlich des Streiks der Mannheimer Ströbel-Werke zum offenen Konflikt. Die Verbandsleitung forderte den Abbruch des Streiks, um eine Generalaussperrung aller Metallarbeiter zu vermeiden. Die Urabstimmung ergab eine Mehrheit für Weiterstreiken. Ähnliches wiederholte sich 1913 beim Hamburger Werftarbeiterstreik. Der Streik brach aus, noch während die Verbandsleitung mit den Werften verhandelte. Der Verband lehnte daraufhin die Zahlung von Streikunterstützung ab. In Bremen und anderen Hafenstädten schlossen sich grosse Arbeitermassen unter Protest gegen den Verbandsvorstand dem Streik an. 35.000 Arbeiter standen wochenlang in „wildem" Streik, darunter 23.000 Metallarbeiter. Man berief eine ausserordentliche

[1] R. Blank, Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 22, S. 597 ff.

Generalversammlung ein, in der die Mehrheit für den Verbandsvorstand stimmte. Die angenommene Resolution war ein Kompromiss. Sie gab dem Vorstand zwar sachlich recht, erklärte sich aber für eine Weiterführung und Finanzierung des Streiks durch den Verband. August Winnig schrieb dazu in der Neuen Zeit: „Es war die Masse, die, von Elementarkraft getrieben, stürmisch über alle Rücksichten hinwegschritt. Da war nichts Persönliches mehr, das war ein Ausbruch von der Unwiderstehlichkeit einer Naturgewalt. Hier heisst es nicht verurteilen, sondern verstehen."

Innergewerkschaftliche Konflikte dieser Art wurden häufiger, weil die Arbeiter erwarteten, endlich die Früchte ihrer langjährigen Organisationsarbeit einbringen zu können, und weil der Gewerkschaftskampf nicht einmal in der Lage war, den Reallohn zu halten.

Als die Enttäuschung dem Optimismus des vorangegangenen „Jahrzehntes der Gewerkschaften" gefolgt war, herrschte Einmütigkeit unter den drei Richtungen des Marxismus in der sozialdemokratischen Partei in dieser Phase, dass die Gewerkschaft nur als ein Mittel der sozialen Notwehr innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft aufzufassen sei . Der linke Flügel und das Parteizentrum unterschieden sich von den Rechten nur durch eine verschiedene Beurteilung des Umfangs des mit gewerkschaftlichen Mitteln Erreichbaren.

Das „Endziel" existierte für alle ohnehin nur ideologisch. Die Rechten mit ihrer wirtschaftsdemokratischen Theorie von der schrittweisen Verwirklichung des Sozialismus wiesen das „Endziel" hauptsächlich dem Gewerkschaftskampf zu und sahen in der parlamentarischen Tätigkeit der Partei die Verlängerung und Ergänzung des vorwiegend ökonomischen Klassenkampfes. Die Linke wies den Kampf für das „Endziel" – oder besser: die Unterordnung der Teilkämpfe unter den Gesichtspunkt eines gegen die ganze bürgerliche Produktionsweise gerichteten totalen Klassenkampfes – wenn nicht der Partei selbst, gegen deren Mängel ihre Kritik sich ebenso wie gegen die Gewerkschaftsführung richtete, so doch der sozialdemokratischen Aktion zu, deren Formen gewerkschaftlich und parteimässig zugleich gesehen wurden. Für das Parteizentrum fiel die Verwirklichung des Sozialismus unter den Tisch: seine Praxis hatte aufgehört, den Gewerkschaften andere als rein gewerkschaftliche Aktionen zuzumuten. Die Verwirklichung des Sozialismus war in das Jenseits der Parteitagsreden und Leitartikel verdrängt.

In Bezug auf die organisatorischen Formen des sozialdemokratischen Kampfes betonten die Revisionisten die Rolle der Gewerkschaften zwar etwas nachdrücklicher als das Parteizentrum, im Grunde aber überwog jetzt bei beiden Richtungen die Vorstellung einer harmo-

nischen Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaft. Für die Absichten der Linken dagegen begann in der letzten Vorkriegsperiode die Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei jeden Sinn zu verlieren. Da der Parteivorstand praktisch mehr und mehr mit den Revisionisten und dem rechten Flügel zu einer Einheit wurde, und da nach dem Mannheimer Friedensschluss zwischen Partei und Gewerkschaft die Generalkommission als die bei grossen Aktionsbeschlüssen entscheidende Instanz der deutschen Arbeiterbewegung anerkannt worden war, fiel die ursprüngliche, von allem Anfang an ideologische Vorstellung der Linken vom Vorrang der Partei in das Reich der reinen Illusion. Rosa Luxemburg musste notgedrungen ihren Gedanken der spontanen revolutionären Aktion der Masse, die im rechten Augenblick nicht ausbleiben werde, mehr als zuvor in den Mittelpunkt stellen. Sie machte sich damit zugleich zur Sprecherin der Massen, deren Konflikte mit der Bürokratie gerade in diesen Jahren das innere Gewerkschaftsleben charakterisierten, zum Beispiel in den grossen Berliner Massenversammlungen jener Jahre, deren Seele Rosa Luxemburg gewesen ist.

Für den linken Flügel in der Partei schien dieser Aufstand der Massen eine Revision der Kapitulation der Partei gegenüber der Generalkommission möglich zu machen. Gleichgültig, wer in der Bürokratie die höchste Instanz war -: was würde aus der ganzen Bürokratie werden, wenn ihre Basis zu schwanken begann?

Bei Kriegsausbruch 1914 trat die in Mannheim formell konstituierte Hierarchie in der deutschen Arbeiterbewegung zum ersten Mal praktisch in Erscheinung. Am zweiten August 1914 beschloss die Vorständekonferenz der deutschen Gewerkschaften, alle Lohnkämpfe abzubrechen, und proklamierte den „Burgfrieden". Am dritten August tagte die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages und entschied sich mit 96 gegen 15 Stimmen für die Bewilligung der Kriegskredite. Am vierten August fand die Reichstagssitzung statt, die den Kriegskrediten zustimmte. Die Politik des vierten August war also die Politik der Generalkommission und der Zentralvorstände der freien Gewerkschaften. In einer Flugschrift der Generalkommission hiess es: „Die Politik des vierten August 1914 ist der Gesamtausdruck des jahrzehntelangen Wirkens der deutschen Gewerkschaften." [1]

Der Kriegszustand hat zunächst alle innerorganisatorischen Konflikte verdeckt. Auf der Vorständekonferenz der Gewerkschaften am zweiten August konnte Legien erklären; „Wie die Dinge heute liegen, hört die Demokratie in den Gewerkschaften auf, jetzt haben die Vor-

[1] Die Gewerkschaften und die Politik des vierten August 1914. Flugschrift der Generalkommission.

stände auf eigene Verantwortung zu entscheiden, und zwar so, wie sie es vor ihrem Gewissen verantworten können". In der gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Generalkommission, Redaktion des „Vorwärts" und der Berliner Pressekommission, die am 23. September 1914 abgehalten wurde, sagte Rosa Luxemburg: „Die Schicksalsfrage der deutschen Sozialdemokratie bleibt vorbehalten für den Zeitpunkt, wo die Partei nicht in kleinen Konventikeln, sondern vor den grossen Massen der Parteigenossen sprechen kann." [1]

Jener Zeitpunkt liegt ausserhalb des Rahmens dieser Untersuchung. In ihn fiel die eine grosse positive Durchführung der Kölner und Mannheimer Beschlüsse von 1905 und 1906, der grosse politische Massenstreik von 1920, der dem Staatsstreich der Kapp und Lüttwitz ein schnelles Ende bereitete.

[1] Das Protokoll dieser gemeinsamen Sitzung befand sich bis 1933 in einer Maschinenschrift im Archiv der sozialdemokratischen Partei in Berlin.